Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 22. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Herzog von Ujest, Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen, den Königlichen Kronen-Orden erster Klasse; sowie dem Kreis-Physikus Dr. Schultz-Hencke iu Schönlanke den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; ferner dem Herzoglich braunschweigschen Rechnungsrath Friedrich Erdmann Lanzke zu Oels, Regierungsbezirk Breslau, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom Orden Heinrichs des Löwen und dem Kreis-Sekretär Jorke zu Weissensee, Regierungsbezirk Erfurt, zur Anlegung des ihm verliehenen Fürstlich Schwarzburgischen Ehrenkreuzes dritter Klasse zu ertheilen.

Dem stellvertretenden Direktor der Königlichen Elisabethschule zu Berlin, Prediger Flashar, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Der Departements-Thierarzt W. Kuhlmann zu Marienwerder ist in gleicher Eigenschaft nach Stettin versetzt und zugleich zum Veterinär-Assessor bei dem Medizinal-Kollegium der Provinz Pommern ernannt worden.

Der bisherige kommissarische Lehrer an der hiesigen Thierarznei-Schule, Ferdinand Emil Wintler, ist zum Departements-Thierarzt im Regierungsbezirk Marienwerder ernannt worden.

Das 3. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5487 das Privilegium wegen Emission von vier und einhalbprozentigen Prioritäts-Obligationen II. Serie der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zum Betrage von drei Millionen Thalern. Vom 30. Dezember 1861.

Berlin, den 22. Januar 1862.

Debitskomptoir der Gesetzsammlung.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 21. Jan. [Die Präsidentenwahl des Abgeordnetenhauses; organische Gesetz-Entwürfe; der Handelsvertrag mit Frankreich.] Die Stimmenvertheilung bei der gestrigen Wahl des Kammervorstandes, die ziemlich volle sieben Stunden in Anspruch nahm, hat die jüngst geäußerte Besorgniß vor einer Zerklüftung der Parteien bestätigt. In der fast einstimmigen Wahl des Präsidenten Grabow ist weniger eine Kundgebung der Eintracht, als eine dem hochachtbaren Charakter und der parlamentarischen Umsicht des Genannten dargebrachte Huldigung zu konstatiren. Erst bei den Wahlen für das Vize-Präsidium entbrannte der eigentliche Parteikampf und das Ergebniß desselben ist für das ministerielle Lager keineswegs günstig. Für die ministeriellen Kandidaten stimmten weder die mittleren Fraktionen noch die Fortschrittspartei. Wohl aber hatten die Elemente des Zentrums sich für dieses Mal an die Fortschrittspartei angeschlossen und setzten dieselbe von vorn herein gegen die ministeriellen Stimmen in relative Majorität. Eine absolute Mehrheit ward in den ersten Wahlgängen nicht erzielt, weil die Reichenspergersche Fraktion (Katholiken und Polen) zunächst ihren eigenen Kandidaten für das Vize-Präsidium (Osterrath) aufstellten. Bei der engeren Wahl spaltete sich die letzterwähnte Fraktion nach beiden Seiten hin; aber die Mehrzahl ihrer Stimmen fiel den Kandidaten der Linken zu und sicherte denselben den Sieg. Man kann aus diesen Vorgängen allerdings keinen sicheren Schluß auf die Gruppirung der Parteien wagen, da die Haltung der Regierung, der Charakter der Vorlagen und der allgemeine Gang der Politik von entscheidendem Einfluß sein werden. Indessen muß man doch als Thatsache anerkennen, daß die Kammer keine starke ministerielle Partei hat, sondern daß die Mittelfraktionen den Ausschlag zur Majorität geben und augenscheinlich mehr Hinneigung zur Opposition verrathen. — Morgen bereits erwartet man im Abgeordnetenhause eine Reihe organischer Regierungsvorlagen, namentlich die neue Kreisordnung und das Gesetz wegen Aufhebung der gutsherrlichen Polizei. In Bezug auf das Letztere verlautet, daß nach dem betreffenden Entwurfe die Kreise der sechs östlichen Provinzen, unter Ausschluß der Städte, in Amtsbezirke Behufs der Polizeiverwaltung eingetheilt werden sollen. In jedem Amtsbezirk wird auf Vorschlag der Regierung von Allerhöchster Stelle ein „Amtshauptmann" ernannt, welcher im Namen des Königs die Polizei als „Ehrenamt" verwaltet. — Die jüngsten Zugeständnisse Frankreichs in Betreff des Handelsvertrages mit dem Zollverein haben die Bahn der Unterhandlungen sehr geebnet, aber noch keineswegs den Erfolg unbedingt gesichert. In diesen Tagen wird Preußen noch über einzelne Tarifpunkte bestimmtere Vorschläge machen und erst wenn diese eine günstige Aufnahme finden, kann man einen baldigen Abschluß des Vertrages in Aussicht nehmen.

☾ Berlin, 21. Januar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König nahm heute Vormittags die laufenden Vorträge entgegen und empfing alsdann im Beisein des Kommandeurs des Gardekorps, Prinzen August von Württemberg, mehrere höhere Offiziere. Um 12 Uhr präsidirte der König in seinem Palais einem Kabinetskonseil, das bis gegen 4 Uhr dauerte und dem auch der Kronprinz beiwohnte. Das Diner nahmen die Majestäten mit dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin ein. Abends waren mehrere fürstliche und hochgestellte Personen zum Thee geladen. Am Donnerstag Abend 7½ Uhr findet im k. Schlosse große Cour und Hofkonzert statt, das, wie ich höre, vom General-Musikdirektor Meyerbeer geleitet wird. Während der Dauer dieses Hoffestes, das um 11 Uhr sein Ende erreicht, ist die Trauer aufgehoben. — An der heutigen Hofjagd nahmen die Prinzen Albrecht, Friedrich Karl, Albrecht Nikolaus, der Herzog von Ratibor, die Fürsten Radziwill und andere Herrschaften Theil. Der Kronprinz, der überhaupt kein passionirter Jäger ist, blieb wegen der Konseilsitzung hier zurück. — Bei dem belgischen Gesandten, Baron v. Nothomb, fand heute ein diplomatisches Diner statt, zu dem auch der Minister Graf Bernstorff, der k. Gesandte Graf v. d. Goltz, Graf Rantzau rc. geladen waren.

Seitdem in unserer Stadtverordnetenversammlung das liberale Element stark vertreten ist, haben sich in derselben auch Fraktionen gebildet, die vorher in ihren Sitzungen alle die Fragen berathen, welche für die Verhandlungen auf der Tagesordnung stehen. Die liberale Partei ist sehr gut organisirt, was namentlich bei den Abstimmungen ersichtlich ist. Die alten Mitglieder klagen über den Geist, welcher in die Versammlung gekommen ist und zu dieser Spaltung geführt hat. In den Fraktionssitzungen hat man sich auch schon mit der Wahl des Ober-Bürgermeisters beschäftigt, da man glaubt, es sei Wunsch des Herrn Krausnick, nach Ablauf seiner Wahlperiode sich in das Privatleben zurückzuziehen. Hierbei wurde auf eine Aeußerung hingewiesen, die derselbe in Bezug auf den Bau des neuen Rathhauses gethan hat, indem er nämlich erklärte, es werde wohl ein Ober-Bürgermeister in dem neuen Hause die Dienstwohnung beziehen, aber nicht er. In dem neuen Rathhause sind auch besondere Räume zur Repräsentation bestimmt, wie überhaupt die künftige Dienstwohnung sehr umfangreich sein soll. — Die Erdarbeiten der neuen Zweigbahn von Halberstadt über Quedlinburg nach Thale im Harz sind schon seit einiger Zeit beendigt und soll der Oberbau, die Legung der Schwellen, Schienen rc. im Frühjahr so beschleunigt werden, daß die Eröffnung der Bahn spätestens am 1. Juli d. J. erfolgen kann. Den Harzbesuchern wird diese Nachricht willkommen sein.

— [Entscheidungen.] Nach den bestehenden Vorschriften muß in den Fällen, wenn im Untersuchungsverfahren die Vernehmung eines Zeugen wegen Krankheit oder weiter Entfernung nicht im Audienztermin erfolgt, sondern anderweitig durch einen Kommissarius bewirkt worden ist, das Vernehmungsprotokoll bei der mündlichen Verhandlung vorgelesen werden. Das Obertribunal hat neuerdings in einer Sache der Art angenommen, daß dies als eine wesentliche Vorschrift des Verfahrens anzusehen ist und daß also, wenn nach dem Inhalte des Sitzungsprotokolls von dem Referenten nur eine Darstellung der bisher stattgehabten Verhandlungen, ohne Vorlesung der Zeugenaussage, gegeben worden, das Verfahren der Nichtigkeit unterliegt. — Die neueste Nummer des Justiz-Ministerialblattes enthält ein Erkenntniß des Obertribunals, wonach in den Fällen, wenn Jemand beschuldigt wird, einen Feldweg durch Abgraben oder Abpflügen verengt zu haben, demselben freisteht, die Einrede des Eigenthums zu erheben und darauf anzutragen, daß hierüber zunächst, und zwar im Wege des Zivilprozesses entschieden werde; ferner ein Erkenntniß des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, worin ausgeführt wird, daß solche Streitigkeiten, bei denen es sich lediglich um die Bezahlung von Kaufgeldern für ein der Separation mitunterliegendes Grundstück handelt, nicht zu denen gehören, in welchen die Auseinandersetzungsbehörden zu erkennen haben, daß vielmehr darüber von den Gerichten im Wege des Prozesses zu entscheiden ist. — In einem bei dem Berliner Stadtgericht schwebenden Konkurse hat das königliche Obertribunal vor einigen Tagen entschieden, daß die Seitens des Gemeinschuldners vor Eröffnung des Konkurses erfolgle gerichtliche Deposition einer Schuld dem Gläubiger nicht das Recht gewähre, aus der deponirten Summe seine abgesonderte Befriedigung zu verlangen. Das Sachverhältniß ist folgendes: Der Kridar war vor der Konkurseröffnung rechtskräftig zur Zahlung verurtheilt worden und hatte zum Zwecke der Abwendung der Exekution die schuldige Summe gerichtlich deponirt. Es war auch dem Gläubiger hinterher das Depositum im Wege der Exekution überwiesen worden. Bevor indessen die Auszahlung aus dem Depositorium erfolgt war, brach der Konkurs über das Vermögen des Schuldners aus. Der Konkursverwalter nahm in Folge dessen die deponirte Summe, als zur Masse gehörig, in Anspruch, während der Gläubiger aus derselben seine abgesonderte Befriedigung verlangte. Der solchergestalt veranlaßte Prozeß wurden in den beiden ersten Instanzen zu Gunsten des Gläubigers entschieden. Das königliche Obertribunal vernichtete indessen die Vorentscheidungen und sprach das Depositum der Konkursmasse zu. Die Gründe dieser Entscheidung sind noch nicht bekannt.

— [Zur Londoner Industrieausstellung.] Wie bereits gemeldet, hat die preußische Zentral-Kommission für die Londoner Ausstellung den Berliner Spediteuren Lion M. Cohn und Phaland und Dietrich die Beförderung der gesammten Güter der preußischen Ausstellung von den Empfangsstellen in Preußen nach dem Ausstellungsgebäude in London und von hier zurück an die Empfangsstellen kontraktlich übertragen. Die „B. B. Z." theilt darüber noch folgendes Nähere mit: Zur Sammlung der Ausstellungsgegenstände aus Preußen sind die Städte Berlin, Königsberg, Stettin, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Hagen, Düsseldorf, Köln, Aachen und Sarbrücken bestimmt, wohin die Aussteller ihre Gegenstände auf eigene Kosten in der Zeit vom 6. bis 15. Februar an die Agenten der genannten Spediteure einzusenden resp. abzuliefern haben. Ausnahmsweise kann die Zentral- oder Bezirks-Kommission aus besonderen Gründen gestatten, daß eine zweite Einlieferungsfrist an den genannten Empfangsstellen in den Tagen vom 10. bis 15. März incl. zulässig ist. An zwei Tagen im Monat Mai können noch Wollvließe eingeliefert werden. Für Gegenstände, die mit ausdrücklicher Genehmigung der Berliner Zentral-Kommission noch nach dem 15. März angenommen werden, fällt die Befugniß des kostenfreien Transports weg. Die Berliner Spediteure haben die Transportversicherung der ihnen übergebenen Ausstellungsgüter auf Grund des deklarirten Werthes der letzteren auf eigene Kosten zu bewerkstelligen und den Transport von den Empfangsstellen nach London in 15 resp. 20 Tagen und bei der Retournirung der Waaren in 30 resp. 36 Tagen Lieferungsfrist zu beenden. Die Aussteller haben keine Geschäfte mehr zu besorgen, resp. besorgen zu lassen, sobald die Ausstellungsgüter an der Empfangsstelle übergeben sind, indem nicht nur der Transport zu Wasser und zu Lande, sondern auch die Zoll- und Steuer-Formalitäten durch die Transport-Unternehmer kostenfrei erledigt werden. Letztere haben sich ferner verbindlich gemacht, für diejenigen Aussteller, welche darum nachsuchen, die Versicherung gegen Feuersgefahr, so wie das Aus- und Einpacken, Verwahren der Emballage und das Aufstellen der Ausstellungs-Gegenstände zu festen Sätzen zu übernehmen.

Elbing, 20. Januar. [Städtisches.] Die „K. H. Ztg." schreibt: In der letzten Sitzung unseres Magistrats ist eine Prinzipienfrage zur Verhandlung gekommen und zur definitiven Entscheidung vorbereitet, die unser Interesse in hohem Grade erregt. Es wurde dort die Wahl des zweiten Predigers zur St. Annenkirche, über welche der Magistrat Patronatsrechte besitzt, vorgenommen und dabei dem einzigen jüdischen Stadtrath, Bankier Schwedt, vom Oberbürgermeister Burscher seine Stimme entzogen, weil nach einem Paragraphen des Landrechts nur Christen Patronatsrechte ausüben dürfen. Herr Schwedt hat sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigt, er hat einen Protest gegen die Entziehung seiner Rechte und der ihm von der Bürgerschaft durch die Wahl übertragenen Pflichten erhoben und will die Frage bis zum vollständigsten Austrage in höchster Instanz verfolgen. Seiner Aussage zufolge hat er bereits bei zwei früheren ähnlichen Akten mitgewirkt; er führt außerdem an, daß die Verfassung alle die Juden an der freien Ausübung ihrer Rechte hindernden Schranken beseitigt habe; daß ferner er nicht in seiner Person als Kirchenpatron fungire, sondern nur als Mitglied einer Körperschaft, die in ihrer Totalität weder christlich noch jüdisch sei, deren Beschlüsse aber erst durch Abgabe sämmtlicher anwesenden Stimmen perfekt würden rc.

Eydtkuhnen, 19. Jan. [Heizung der Eisenbahnwaggons.] Die königl. Direktion der Ostbahn hat im Interesse der weit reisenden Personen erster und zweiter Wagenklasse in die Schnellzüge der Ostbahn Salonwagen einstellen lassen, die sich durch Eleganz und bequeme Einrichtung auszeichnen. Neuerdings sind diese Wagen noch mit Oefen neuer Konstruktion versehen, die sich im Wesentlichen selbst heizen. Es soll dies, wie die „D. Z." mittheilt, eine Erfindung des Obermaschinenmeisters Rohrbeck in Bromberg sein, die hier zuerst geprüft wird. Die Oefen sind etwa einen Fuß im Durchmesser stark, reichen bis zur Decke des Wagens und werden auch von oben mit dem nöthigen Kohlenvorrath versehen. Sind wir recht unterrichtet, so fällt die Kohle (Holzkohle) durch das Rütteln des Wagens auf den Rost, wo sie zur Verbrennung gelangt. Damit es aber den Oefen an einer Aufsicht nicht fehle, und auch eine Verstopfung nicht herbeigeführt werde, vielmehr die Oefen in fortdauernder Gluth bleiben, sind die betreffenden Schaffner mit einer Instruktion versehen, derzufolge sie die Oefen auf den Stationen von Zeit zu Zeit zu untersuchen haben. Auch die Revisionsbeamten auf den größeren Stationen sollen gehalten sein, den Oefen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich dieselben zu bewähren scheinen, so läßt sich annehmen, daß diese Art Heizung auch in anderen Waggons in Stelle der jetzt üblichen, durch heiße Sandkästen herbeigeführten, Anwendung finden wird.

Oestreich. Wien, 19. Januar. [Franz II. in Rom.] Die „W. Z." schreibt: „Ein Zerwürfniß mit dem französischen Kabinet wegen des von letzterm in Rom gestellten Verlangens, den König Franz II. zur Abreise von dort zu veranlassen, soll keineswegs bevorstehen. Vor Allem soll das Gerücht, daß Herr Thouvenel an den Grafen Rechberg um Unterstützung seines Verlangens in Rom sich gewendet habe (ein Gerücht, dem wir keinen Augenblick Glauben geschenkt haben), ohne alle Begründung sein. Man versichert sogar, daß die bei dem Kardinal Antonelli gemachten Schritte gegen die Fortdauer des römischen Aufenthaltes Franz II. keineswegs einen so entschiedenen Charakter haben, als die italienischen Zeitungen berichten. Das französische Kabinet soll auf das Andrängen Ricasolis sich herbeigelassen haben, diesem seine „guten Dienste" in Rom in jener Angelegenheit zu widmen, ohne das Verlangen jedoch zu dem seinigen zu machen. Bekanntlich ist Graf Rechberg vor drei Tagen in jener Abtheilung des Finanzausschusses erschienen, welche sich mit dem Budget des Auswärtigen beschäftigt; er soll daselbst beruhigende Mittheilungen über die Stellung Frankreichs und Englands zu Oestreich gegeben haben. Wir begreifen, daß der Minister, der die volle Aufrechthaltung des Friedensvertrages von Villafranca zu vertreten und demgemäß auch die Dotation von Gesandten an den auf dem Papiere fortbestehenden Höfen von Toscana, Parma und Modena im Budget angebracht hat, den Kritikern dieses Budgets nachzuweisen sich bemüht, daß die Rechtsansprüche des Züricher Vertrags in der Weise, wie Oestreich sie vertritt, letzteres mit den Kabinetten von London und Paris in keine Verwickelung bringt." — Mittheilungen zufolge, die dem „Wdr." von bewährter Seite aus Rom zugehen, hat sich dort in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß die gegen den ferneren Aufenthalt König Franz II. und der königlichen Familie Bourbon erhobenen Reklamationen Frankreichs dennoch nicht ganz resultatlos geblieben seien. Es soll nämlich von Seite Franz II. der Beschluß gefaßt worden sein, in einiger Zeit Rom zu verlassen, und sammt der königlichen Familie den Aufenthalt in den östreichischen Staaten zu nehmen. Indeß soll hierbei von einem eventuellen Aufenthalte in Venedig gänzlich abgesehen sein. Wenn diesem vorgeblichen Beschlusse nicht schon jetzt Folge gegeben wird, so kommt allem Anscheine nach hierbei hauptsächlich die Absicht in Betracht, jeden Schein vermeiden zu wollen, als ob man dem Drucke der diplomatischen Action Frankreichs gewichen wäre. Man giebt sich in legitimistischen Kreisen auch der Hoffnung hin, daß das Pariser Kabinet mit diesem Ergebniß sich zufriedenstellen, und sowohl in die päpstliche Regierung als auch in Franz II. desfalls nicht weiter dringen werde.

— [Tagesnotizen.] Der Schriftsteller Camillo Freiherr

v. Schlechta hat sich vor Kurzem um die Konzession zur Herausgabe eines politischen Abendblattes mit dem Titel „Satan" beworben. Das Gesuch wurde mit dem Bedeuten zurückgewiesen, daß des Gesuchstellers Verhalten im Jahre 1848 und seine deshalb erfolgte Verurtheilung, der Bewilligung hindernd entgegenstehe. Derselbe hat sich nun in einem Gesuche um Rehabilitirung unmittelbar an die Gnade des Kaisers gewendet. Die betreffenden Ministerien, an welche die Eingabe zur Begutachtung geleitet wurde, haben sich jedoch nicht bestimmt gesehen, einen Gnadenantrag zu stellen und es wurde daher Freiherr v. Schlechta mit seinem Rehabilitirungsgesuche abgewiesen. — FML. Baron Jetzer ist vor einigen Tagen hier gestorben. Derselbe war der Sohn eines Wiener Gewerbsmannes und in seiner früheſten Jugend im Komptoir des Bankiers Werthheimstein angestellt. Im Jahre 1809 ließ er sich unter die damaligen Wiener Freiwilligen einreihen und hat mit so großer Auszeichnung gedient, daß er bald zum Offizier befördert und schon im Jahre 1811 mit dem Ritterkreuz des Maria-Theresienordens ausgezeichnet wurde. Er war einer der ältesten Maria-Theresienordensritter. — Rücksichtlich des Konkordats zirkulirt gegenwärtig das Gerücht, daß Herr v. Hübner angewiesen sei, nach Rom zu gehen, um mit der Kurie darüber in Unterhandlung zu treten. Theilweise soll dadurch auch die Reise des Grafen Rechberg nach Venedig veranlaßt worden sein, indem derselbe bei der Feststellung der Instruktionen für Herrn v. Hübner intervenirte. — In der hiesigen evangelischen Gemeinde A. C. bestand bisher der Usus, die Marientage und andere katholische Feiertage mitzufeiern und an denselben Gottesdienst abzuhalten. Das Presbyterium hat nun diese Gepflogenheit abgestellt und, ohne in den Wirkungskreis der h. Synode eingreifen zu wollen, in dem Kirchenprogramm pro 1861 Aenderungen eintreten lassen. So erscheint z. B. das Fest Mariä Verkündigung in demselben nicht mehr unter diesem Titel, sondern unter der alt-evangelischen Bezeichnung „Empfängniß Christi", die übrigen Marientage werden gar nicht gefeiert und von sonstigen Feiertagen nur das Apostelfest Peter und Paul (am 29. Juni) beibehalten werden. Die Reformen gründen sich vornehmlich auf ein Gutachten, welches Professor Lipsius, von vielen Seiten aufgefordert, über diesen Gegenstand abgegeben hat und welches dahin lautet: Die vielseitig gewünschte Einführung eines Buß- und Bettages, eines Todtenfestes, etwa am 1. November, und eines Jahresschluß-Gottesdienstes am Sylvesterabend, welch letzterer bisher durch Lokalverhältnisse nicht zu bewerkstelligen war, bleiben den Beschlüssen der h. Synode anheimgestellt. — Der „S. C." zufolge ist der Redakteur der „Gazzetta di Fiume" in Folge einer Requisition der Fiumaner k. Gerichtstafel am 17. d. verhaftet worden. — Aus Essegg vom 14. d. M. wird dem „P. L." geschrieben: Gestern Vormittag wurde der hier eingebrachte Räuberhauptmann Görga mittelst Stranges hingerichtet. Durch seine Wunden verhindert, das Bett zu verlassen, wurde er in demselben in den Komitatssaal gebracht, wo sein Verhör stattfand. Er war der ihm zur Last gelegten Verbrechen geständig, konnte jedoch trotz aller Ermahnungen und selbst der Bemühungen des Bischofs Stroßmayer zu keinem Geständniß gegen seine noch lebenden Mitgenossen gebracht werden, und er starb ohne deren Aufenthalt zu verrathen.

— [Die Ultramontanen in Tirol.] Daß die ultramontane Partei in Tirol nicht verabscheut, selbst die schmählichsten Mittel anzuwenden, um das Volk zur Glaubenseinheit zu fanatisiren, wurde kürzlich auf unzweifelhafte Weise sichergestellt. Ein langwieriger Ehrenbeleidigungsprozeß gegen den Oberlandesgerichtsrath v. Gummer, welcher während der Bach'schen Reaktionszeit als zu freisinnig bei Seite geschoben wurde, endete dieser Tage mit der Freisprechung des Angeklagten. Oberlandesgerichtsrath v. Gummer hatte nämlich in einem Artikel der „Bozner Zeitung" den Professor Greuter beschuldigt, daß er in einer Rede vor dem katholischen Verein das Volk für die Glaubenseinheit aufzuregen und zu fanatisiren suche, und war dafür wegen Ehrenbeleidigung in Anklagestand versetzt worden. Obwohl Gummer einen Vergleich anbot, beharrte Greuter dennoch auf seiner Klage, so daß jener den Beweis der Wahrheit seiner Angaben antreten mußte. Zahllose Zeugenvernehmungen wurden zu Innsbruck abgehalten, und in Folge derselben festgestellt, daß sich Greuter geäußert hatte: Man müsse die Glaubenseinheit vertheidigen und wenn man dieses Rebellion nenne, gut, so erhebe er die Fahne der Rebellion! Diese Angelegenheit ist von hoher Wichtigkeit, weil Greuter zu den Führern der Ultramontanen zählt, und nun Oberstaatsanwalt Hasselwanter sich veranlaßt fühlen dürfte, den Kläger gegen Gummer selbst in den Anklagestand zu versetzen. Trotz derartiger Entdeckungen wird die Agitation der Ultramontanen noch immer mit großer Energie fortgesetzt. Wie dem „Wand." berichtet wird, sind im Unterinnthale gegen die liberale Innsbrucker „Innzeitung" Predigten gehalten worden.

Bayern. Würzburg, 19. Jan. [Rumpf †.] Vorgestern starb in Folge eines Schlagflusses Professor L. Rumpf im 69. Lebensjahre. Er war Mineraloge.

Württemberg. Stuttgart, 19. Jan. [Steckbriefliche Verfolgung.] Die beiden Engländer, Scott und Parminher, welche den Portier in den k. Anlagen niedergeboxt und sich sehr ungentlemännisch gegen den Bau- und Gartendirektor Hackländer benommen haben (s. Nr. 13 d. Ztg.), werden steckbrieflich verfolgt. Der englisirte Pole, der Hrn. Hackländer gefordert haben soll, ist im Steckbrief nicht mitgenannt, wird aber wohl auch Cannstatts überdrüssig geworden sein.

Anhalt. Bernburg, 20. Jan. [Flottensammlung.] Im September v. J. hat sich hier ein Komité zur Sammlung von Beiträgen für die deutsche Flotte unter preußischer Führung gebildet. Das Ministerium verweigerte dem Komité die Genehmigung zu einer Hauskollekte, weil die Sache nicht dazu geeignet sei, „einen Zwang auszuüben"; zugleich wurden sämmtliche Polizei-Verwaltungen angewiesen, etwa trotz des Verbots angeordnete Hauskollekten zu inhibiren; das einzige Blatt, welches im Lande erscheint, das unter dem Staatsministerium stehende Regierungs- und Intelligenzblatt verweigerte dem Komité schließlich den Abdruck seines wiederholten Aufrufes. Dennoch sind in der kurzen Zeit bis zum 1. Jan. d. J. 1000 Thlr. eingegangen, die auch bereits an das preußische Marineministerium abgesandt sind. (N. Z.)

Frankfurt a. M., 20. Jan. [Der Nachdruckprozeß.] Das Kassationsurtheil der Juristenfakultät Leipzig in Sachen des Buchdruckers Baist und Buchhändlers Auffarth dahier wegen Nachdrucks resp. Nachdruckdebits der „Militärischen Denkschrift" des Prinzen Friedrich Karl von Preußen ist, wie bereits kurz erwähnt, in der Sitzung des Appellationsgerichts am 17. verkündigt worden. Die von den Beklagten angefochtene Gültigkeit der betreffenden Bundesbeschlüsse für Frankfurt wird von der Kassationsinstanz, übereinstimmend mit den hiesigen Gerichten, ausdrücklich anerkannt. Andererseits wird das von der Staatsanwaltschaft angefochtene zweitinstanzliche Urtheil in so weit für unrichtig erklärt, als dasselbe bezüglich der Strafbarkeit des Nachdrucks den Nachweis des dolus für erforderlich hält, wogegen die Kassationsinstanz nach Inhalt der Bundesbeschlüsse auch den Nachdruck aus Fahrlässigkeit strafbar findet. Gleichwohl wird, da eine solche Fahrlässigkeit bei Uebernahme des Drucks jener Denkschrift dem Buchdrucker Baist nicht nachgewiesen sei, dessen Freisprechung bestätigt. Bezüglich Auffarths wird die Freisprechung aus dem vom Appellationsgericht angeführten Grunde aufrecht erhalten, daß nur der wissentliche Nachdrucksdebit strafbar sei. Dagegen wird die Konfiskation der Nachdrucksexemplare bei Beiden für geboten erklärt, weil dieselbe nicht, wie das Appellationsgericht annahm, bloß als Bestandtheil einer Strafe zulässig sei, vielmehr unabhängig von einer solchen und als eine Maaßregel zum Schutz der Verlagsrechte des Berechtigten in allen Nachdrucksfällen verfügt werden müsse. (A. Z.)

Hamburg, 20. Januar. [Beschlagnahme.] Vor Kurzem wurde bei dem Hamburger Buchdrucker, aus dessen Offizin die Broschüre des Dr. Bollmann gegen den Herzog von Koburg hervorgegangen, das Manuskript zu einer zweiten Broschüre aus der nämlichen Feder und in derselben Angelegenheit konfiszirt.

Hessen. Kassel, 19. Jan. [Studentendeputation; Beschlagnahme.] Heute wird hier eine Deputation der Marburger Studentenschaft eintreffen, um den Kurfürsten als ersten Rektor der Universität um Schutz gegen die brutalen Uebergriffe der Marburger Polizei und um Entfernung des Polizeiwachtmeisters Mai, der nach Art eines Raufbolds, nicht wie es einem Diener der öffentlichen Sicherheit geziemt, einen Studenten mißhandelt hat (wie s. Z. gemeldet), zu bitten. Dieser Schritt der Studentenschaft ist in einer allgemeinen Studentenversammlung beschlossen, deren Ansagung allein schon genügt hat, den Polizei-Direktor Sunkel zu veranlassen, militärische Hülfe dahier auf telegraphischem Wege nachzusuchen. Sie wurde ihm gewährt, war aber natürlich gänzlich überflüssig und nutzlos. So lebhaft Unruhen von gewisser Seite her auch vielleicht gewünscht werden mögen, der Wunsch wird nicht gewährt werden, nicht etwa weil nicht Grund zur Unzufriedenheit vorläge, sondern weil die Einsicht eine allgemeine ist, daß unruhige Auftritte uns Nichts nützen, wohl aber möglicherweise schaden können, weil wir wissen, daß unsere Stütze in einer anderen Macht liegt und daß, wenn diese uns aufs Neue im Stich läßt, größere Bewegungen, die wir zu benutzen wissen werden, nicht ausbleiben können. — Aus Veranlassung eines aus der „Zeit" in die „Hess. M. Z." übergegangenen Artikels über die preußische Thronrede erschienen gestern Nachmittag zwei Polizeibeamte im Druckereilokale der Morgenzeitung, um dort vermuthete Exemplare der „Zeit" mit Beschlag zu belegen. Der Geschäftsführer stellte, um nicht einer nochmaligen polizeilichen Haussuchung sich auszusetzen, die im Druckereilokale befindlichen Exemplare der „Zeit" den Polizeibeamten zur Verfügung.

Holstein. Rendsburg, 18. Januar. [Rendsburg; Aufforderung an den Lehrer Johannsen.] Ueber die mannichfachen amtlichen und außeramtlichen Versuche dänischer Behörden und Preßorgane, Stadt und Festung Rendsburg als schleswigsches Zubehör zu bezeichnen, darf man sich vor der Hand noch beruhigen. Mag es den obersten Post- und Zollbehörden der Monarchie Vergnügen machen, ihre Rendsburger Unterbehörden schleswigsche zu nennen, Stadt und Amt Rendsburg sind bis auf den heutigen Tag auch in amtlichen Erlassen als holsteinische bezeichnet; die Rendsburger Administrativ- und Justizbehörden stehen auch im „königlich dänischen Hof- und Staatskalender" noch unter der Rubrik des Herzogthums Holstein. Daß man im verflossenen Jahre den auf dem rechten Eiderufer belegenen Theil des Amtes Rendsburg von diesem getrennt und zu schleswigschen Amtsbezirken geschlagen hat, ändert an der Sache nichts. Dieser gewaltsame und ungerechtfertigte Schritt wird seiner Zeit ebenso gut Gegenstand ernster Erörterung werden müssen, als die Frage der Herzogthümer überhaupt. Bei dieser Gelegenheit lassen Sie mich bemerken, daß man sich dänischerseits wohl hüten wird, in Bezug auf Schleswig einen Schritt zu thun, um der Bevölkerung dieses Herzogthums im Anschluß an die dem Königreich gewährten konstitutionellen Rechte irgend welche freie Bewegung zu gestatten. Man weiß sehr wohl, daß Schleswig von dem Augenblick an für verloren zu achten wäre, in welchem man den deutsch-nationalen Elementen daselbst Raum verstatten wollte. Welche künstliche Manipulation man mit Schleswig auch vor hat, an einen klaren staatsrechtlichen Akt, oder gar an eine Ausdehnung des dänischen Grundgesetzes auf Schleswig, welche zugleich vollkommene Freiheit der Presse, Vereinsrecht und Versammlungsrecht für die Bewohner dieses Landes einschließen würde, ist im Entferntesten nicht zu denken. Die aus früheren Mittheilungen bekannte Proskriptionsliste des Schleswiger Bürgermeisters und Polizeimeisters Jörgensen hat in diesen Tagen noch eine kleine für den Betreffenden sehr störende Nachgeschichte geliefert. — Wie der „Mercur" mittheilt, hat der Adjunkt (Lehrer) an der Domschule, Wilhelm Johannsen aus Nakskro auf Laaland, vom Ministerium die Aufforderung erhalten, innerhalb 8 Tagen um seine Entlassung einzukommen, da sein Bleiben der Schule nicht zum Gedeihen gereiche, andernfalls werde man ihn von der Schule entfernen. Grund dieser ministeriellen Anordnung ist der Umstand, daß Johannsen sich in seinem Gewissen verpflichtet gefühlt hat, den auf gedachter Proskriptionsliste als verdächtig oder gefährlich bezeichneten Bürgern von dem bei dieser Gelegenheit viel erwähnten Schreiben des Bürgermeisters und Polizeimeisters an den Rektor Prof. Dr. Pavelsen Kunde zu geben. Der letztgenannte gelehrte Schulmann ist gleich dem Bürger- und Polizeimeister durch seine strenge „Loyalität" ebenso berühmt als durch seine amtlichen und außeramtlichen Stilübungen, in denen freilich der Kampf zwischen dänisch und deutsch ebensowenig zum Austrag gekommen ist, als in unserer großen Verfassungsfrage. (A. P. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 19. Januar. [Die Sperrung des Hafens von Charleston] vermittelst versenkter Schiffe hat, wie man hört, nicht bloß zu Leitartikeln und entrüsteten Zuschriften an die Herausgeber der englischen Journale, sondern auch zu direkten Vorstellungen der englischen und der französischen Regierung Anlaß gegeben. „Graf Russell", so meldet die „Times", hatte, wie verlautet, unseren Gesandten in Washington schon im Dezember angewiesen, die Unionsregierung auf die Mißbilligung aufmerksam zu machen, die in England und auf dem Kontinente erzeugt werden würde, sollte der Plan, die südlichen Häfen vermittelst versenkter Steine zu blokiren, in Ausführung gebracht werden; ein derartiges Verfahren würde man als einen Akt bloßer Rache ansehen, und es würde die Ansicht erregen, daß die Wiederherstellung der Union als ein hoffnungsloses Beginnen angesehen werde. Es heißt ferner, Graf Russel habe, nachdem besagte Steinblockirung ins Werk gesetzt worden sei, Lord Lyons ersucht, er möge die Hoffnung aussprechen, daß nicht andere Häfen auf ähnliche Weise unwegsam gemacht werden." Außerdem meldet das toryistische Wochenblatt „Preß": Die französische Regierung hat im Laufe der vergangenen Woche mit verstärkter Dringlichkeit ihren früheren Antrag auf eine Beendigung der papiernen Blokade der südstaatlichen Häfen durch die Regierung von Washington erneuert. Die barbarische Zerstörung des Hafens von Charleston, diese Beleidigung der ganzen zivilisirten Welt, hat den Wunsch der kaiserlichen Regierung beschleunigt, einem sämmtlichen Nationen so nachtheiligen Zustande ein Ende zu machen. Ihrer Majestät Regierung hat, wie wir vernehmen, abgelehnt, sich in dieser Sache aktiv mit Frankreich gemeinsam zu betheiligen, verpflichtete sich aber, dieses moralisch zu unterstützen. Ob zwar nun die französische Regierung sich in ihren Erwartungen auf eine englische Kooperation getäuscht und mit Widerstreben auf eine bloß moralische Unterstützung Englands angewiesen sieht, beschloß sie doch, sofort Maaßregeln zu ergreifen, um die Blokade der Südstaaten aufzuheben." Die Bestätigung dieser Mittheilungen wird abzuwarten sein. — In Betreff der Blokade der südlichen Häfen hat übrigens Herr Fenwick, eines der Parlamentsmitglieder für Sunderland, vor einigen Tagen bei einem öffentlichen Diner erklärt, ein Unterhausmitglied sei bereit, dem Parlamente bald nach dessen Zusammentritt Beweise vorzulegen, daß seit der angeblichen Blokade der Südhäfen nicht weniger als 600 Fahrzeuge in dieselben eingelaufen seien, ohne von den föderalistischen Kreuzern angehalten zu werden. Unter diesen Umständen sei es die Pflicht aller Seemächte, eine derartige Blokade als existirend nicht zu erklären.

— [Tagesbericht.] Beim Tode des Prinzen Albert war das Gerücht aufgetaucht, die Abzugskanäle in Windsor befänden sich in schlechtem Zustande und dürften schuld sein an den typhoiden Krankheiten, die wiederholt mit epidemischem Charakter daselbst vorgekommen seien. Obwohl dieser Angabe, wie dies Regel ist, von Kloaken-Oberaufsehern und Kirchspielkommissaren sofort widersprochen wurde, so ist das Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern doch beauftragt worden, die Sache zu untersuchen. Jetzt liegt der betreffende Bericht vor, und dieser äußert sich dahin, daß die Abzugskanäle der Stadt und des Schlosses nicht genügende Ventilation besitzen, und daß dieser Uebelstand allerdings zur Entwickelung typhoider Krankheiten beigetragen haben dürfte. Nun werden die nöthigen Aenderungen freilich vorgenommen werden, aber traurig genug ist es, daß es nicht früher geschah, daß dieser unverantwortlichen Vernachlässigung vielleicht der Tod des Prinzen zuzuschreiben ist, und dies in einem Lande, wo für Verbesserung der Ventilation und Kanäle seit Jahren agitirt wird, wo schon Millionen ausgegeben wurden, um die Sanitätsverhältnisse zu bessern, wo das Kloakensystem von Windsor erst vor wenigen Jahren einer Revision unterzogen worden war. — Für das dem Prinz-Gemahl in London zu errichtende Denkmal sind bereits gegen 8000 Pfd. St. gezeichnet. — Roebuck hat am Donnerstag Abend in Salisbury einen Vortrag über Volkserziehung gehalten, und auf die dringliche Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform derselben in England aufmerksam gemacht. — Seit vorgestern haben wir zum erstenmal in diesem Winter starken trockenen Frost. Das Thermometer zeigt mehrere Grade unter dem Gefrierpunkt, auf den Teichen und Kanälen stellt sich Eis ein und die Zahl der Sterbefälle bei Kindern und alten Leuten mehrt sich. — Anfangs März wird wahrscheinlich am Eingange des Golfs von Suez, auf einer der dortigen Inseln eine zeitweilige Telegraphenstation errichtet werden, so daß von dort eine direkte Verbindung mit Indien hergestellt, und die Schnelligkeit der von Europa dahin abgehenden Depeschen um 36—40 Stunden gefördert werden wird. Eine einfache Depesche von England nach Aden, Bombay, Galle, Madras, Kalkutta, Penaug, Singapore, Honkong, Shanghai, Melbourne, Sydney, Mauritius und Reunion wird höchstens mit 20 Thlr. berechnet werden. — Die Sendung von Kriegsvorräthen nach Kanada und den westindischen Stationen dauert, trotz der friedlichen Beilegung der „Trent"-Affaire, in großartigem Maaßstabe fort. Erst vorgestern ist der Transportdampfer „Spartan" mit 12,000 Tonnen Munition von Woolwich abgegangen, und im Laboratorium daselbst ist von Seiten der Admiralität Befehl eingetroffen, wöchentlich zwei Millionen Kugeln für Miniébüchsen anfertigen zu lassen.

— [Baumwollenausfuhr nach Amerika.] Ein merkwürdiges Beispiel, in welchem Grade die natürliche Ordnung des Verkehrs durch den Gang der politischen Ereignisse gestört und aus ihrem Geleise gebracht werden kann, zeigt die gegenwärtig stattfindende Baumwollenausfuhr von England nach Nordamerika. Schon in der zweiten Hälfte des Dezember waren etwa 16,000 Säcke von Liverpool nach den nördlichen Häfen der Union verschifft worden; seitdem haben sich aber, wie der „Economist" berichtet, die Versendungen noch bedeutend vermehrt. Es sind die umfassendsten Ankäufe gemacht, Dampfschiffe zum Transport der Baumwolle nach Boston und Newyork gemiethet, und Frachten gefordert und bezahlt worden, deren Höhe alles bisher Dagewesene übersteigt (bis zu 2 Pce. per Pfund und 5 Prozent Prämie). Am 9. Januar betrugen die nach Newyork verschifften Quantitäten 15,000 Ballen, die nach Boston verschifften über 5000 Ballen. Bis zu welchem Umfange dieser neue Verkehr jetzt, da alle Besorgnisse vor einem Kriege zwischen England und den Vereinigten Staaten geschwunden sind, sich noch ausdehnen werde, kann Niemand wissen. Wird jedoch erwogen, daß der Schutzzolltarif der Vereinigten Staaten den dortigen Baumwollfabrikanten die fast ausschließliche Herrschaft über den Markt gewährt; daß der enorme Begehr der Regierung sie zur Zeit, wenn nicht ganz, so doch beinahe für den Verlust ihrer Abnehmer im Süden entschädigt; daß die Fabriken in Lowell und im Staate Newyork mit voller Zeit und zu so lohnenden Preisen arbeiten, daß sie für die Baumwolle, die in Liverpool nur 12 Pce. gilt, 18 und 20 Pce. aufs Pfund zahlen können, so scheinen die Besorgnisse, denen die englischen Spinner sich hingeben, nicht übertrieben zu sein. Die Baumwolle, welche jetzt nach der Union ausgeführt wird, ist zum bei weitem größten Theile amerikanische; der wöchentliche Bedarf der gedachten Fabriken kann auf ungefähr 12,000 Ballen veranschlagt werden, welche sie nur von England beziehen können. Der in England noch vorhandene Vorrath von amerikanischer Baumwolle betrug am 11. Januar 250,000 Ballen; wenn man nun noch den Export nach dem europäischen Kontinent, der bisher etwa 8000

Ballen wöchentlich ausmachte, in Berechnung zieht, so gelangt man zu dem Ergebnisse, daß jener Vorrath, wenn nicht aus andern Ländern bedeutende Zufuhren kommen, mit Ende Mai d. J. erschöpft sein würde. Wahrscheinlich aber würden die englischen Fabriken durch die hohen Preise des Rohstoffs schon vorher gezwungen sein, ihre Thätigkeit einzustellen. Bei dieser Lage der Dinge ist man von gewisser Seite schon so weit gegangen, ein Verbot der Baumwollenausfuhr vorzuschlagen, eine Maaßregel, die jedoch der „Economist“ entschieden widerräth.

London, 21. Januar. [Telegr.] Der heutige „Morning Herald“ sagt: England sollte in jedem amerikanischen Südhafen Kriegsschiffe stationiren und den Hafen von Charleston, so wie alle anderen Südhäfen dem Handel der Neutralen öffnen; Frankreich würde sich dann sicher hierzu mit England vereinigen.

Frankreich.

Paris, 19. Jan. [Tagesbericht.] Heute wurde Msgr. Chigi, der neue päpstliche Nuntius in Paris, vom Kaiser empfangen. Die Audienz verging unter dem üblichen Zerimoniel. — Die „Union“, legitimistisches Organ, wird wegen eines in ihrer Donnerstags-Nummer erschienenen Artikels gerichtlich verfolgt. Die Anklage lautet auf Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung. — Der Kultusminister hat an die Bischöfe ein Rundschreiben gerichtet, welches die von den Geistlichen betriebenen Hauskollekten betrifft. In ganz Frankreich, am stärksten aber in der Diözese Paris, werden die Almosen der Gläubigen für christliche Liebeswerke von wandernden Personen erbeten, welche sich durch Atteste eines Bischofs als dazu ermächtigt ausweisen. Da es nun aber unmöglich ist, die Echtheit dieser Atteste sofort zu erkennen, und notorisch ein großer Schwindel damit getrieben wird, so wünscht der Minister, daß jeder Bischof in ganz bestimmten Ausdrücken die von ihm gewährten Ermächtigungen oder Empfehlungen zu Hauskollekten auf seine Diözese beschränken möchte. Nur so würde die Mildthätigkeit in einem richtigen Maaße in Anspruch genommen und den Betrügereien ein Ziel gesetzt werden können. — Das „Journal des Debats“ beschwert sich darüber, daß ein ihm, namentlich seinen Mitarbeitern St. Marc Giardin und Weiß, gewidmeter bissiger Artikel des „Constitutionnel“ am 16. d. im amtlichen „Moniteur des Communes“, welcher in 35,000 Mairien des Landes an die Rathshaus- und Kirchthüren angeheftet werde, wörtlich abgedruckt worden sei. — Die durch den Tod der Bischöfe Nanquette, Martial und Depery erledigten Bisthümer von Mans, St. Brieuc und Gap sind durch kaiserliches Dekret vom 14. d. dem Bischofe Fillion (bisher in Sainte Claude, wo der bisherige Pfarrer von Loches, Abbé Nogret, sein Nachfolger wird) resp. dem Abbé David, bisherigen General-Vikar von Valence, und dem Abbé Bernadou, bisherigen Erzpriester am Dom zu Algier, übertragen worden. — Das Kommando des Linienschiffs „Bretagne“, Admiralschiffs des Evolutionsgeschwaders (Vize-Admiral Rigault de Genouilly), ist dem Schiffskapitän Mequet übertragen. — Der Transportdampfer „Finistère“ hat am 17. Toulon verlassen, um in Oran ein Bataillon Zuaven an Bord zu nehmen, das er direkt, ohne in Martinique oder der Havannah anzulegen, nach Vera-Cruz bringen wird. — Nach Rochefort ist der Befehl abgegangen, die Fregatte „Semiramis“ zum Auslaufen bereit zu halten; sie wird mit einer längeren Mission in den chinesischen Gewässern beauftragt werden. — Vorgestern Abends in der fünften Stunde hatte Véron das Unglück, mit seinem Wagen in der Rue Royale umzuwerfen. Der Kutscher stürzte aufs Pflaster und wurde an Kopf und Schulter schwer beschädigt. Véron selbst erlitt auch Verletzungen, die, zwar minder schwer, ihn doch zwingen werden, mehrere Tage das Zimmer zu hüten. Verschiedene bisher in türkischen Diensten beschäftigte Offiziere, worunter auch einige Preußen, wie es heißt, sind von Jefferson Davis für die Südarmee angeworben worden. Sie befinden sich eben auf der Durchreise von Konstantinopel hier um sich in England einzuschiffen. — Herr v. Bentivoglio, bisher Generalkonsul in Beyrut, geht jetzt definitiv in der gleichen Eigenschaft nach Smyrna. Das Dekret ist bereits unterzeichnet. Schon vorher war er ermächtigt worden, seinen bisherigen Posten mit Urlaub zu verlassen. — Die Chinesen haben jetzt auch ihre Zuaven. Es ist in Schanghai aus Eingebornen ein derartiges Korps gebildet worden, das unter dem Kommando französischer Offiziere steht. — Aus der so eben erschienenen Uebersicht des Einnahme-Budgets der Stadt Paris erhellt, daß die Hundesteuer der Stadt 400,000 Franks einträgt. — Das „Pays de Caux“ konstatirt, daß der Hering fast vollständig von der französischen Küste verschwunden ist.

— [Aus Mexiko.] Die letzten Nachrichten aus Vera-Cruz reichen bis zum 20. Dezember. Die Gesandten Englands und Frankreichs, Graf Dubois de Saligny und Herr Wykes, waren glücklich in dieser Stadt angekommen. Der Präsident Juarez hatte in einer Proklamation angekündigt, daß die Vertheidigung überall aufs Eifrigste organisirt werde, und die in die regelmäßige Armee eingereihten Freikorps, die nahe an hunderttausend Mann stark seien, im Innern alle strategischen Punkte und Bergpässe besetzt hielten. Nach anderen Nachrichten soll Juarez aber nur über 20,000 Mann Truppen, die zum Theil in Puebla, zum Theil in Mexiko stehen, verfügen können. Mit diesen soll er nicht allein den Truppen der drei Mächte, der Anarchie im Lande selbst, sondern auch seinen beiden Rivalen, die ihm die höchste Gewalt streitig machen, Widerstand leisten.

Paris, 10. Jan. [Telegr.] Auf dem See des Boulogner Wäldchens sind heute vier Personen verunglückt. — Eine Moniteur-Korrespondenz aus Vera-Cruz vom 20. Dezember sagt, man dürfe wohl annehmen, daß der anständige und ruhige Theil der Bevölkerung jede Maaßregel günstig aufnehmen werde, welche in Mexiko Ordnung und Sicherheit dauerhaft zu befestigen bezwecke, im Uebrigen aber die Unabhängigkeit des Landes achte und die Eigenliebe des Volkes schone.

Paris, 21. Januar. [Telegr.] Es ist neuerdings wieder eine französische Brigade nach Mexiko abgesandt worden.

Belgien.

Brüssel, 21. Jan. [Telegr.] Nach der heutigen „Indépendance“ hat Thouvenel den französischen Bevollmächtigten in Washington beauftragt, die Mißbilligung der französischen Regierung über die Zerstörung des Charlestoner Hafens auszudrücken. — Nach demselben Blatte vermehrt Frankreich das Expeditionskorps in Mexiko ansehnlich. (S. oben.)

Italien.

Turin, 18. Januar. [Tagesnotizen.] Das Haus der Abgeordneten beschloß heute, den Gesetzentwurf über Bildung einer allgemeinen italienischen Kunst- und Industrieausstellung, welche 1863 in Neapel gehalten werden soll, in Betracht zu ziehen. — Die „Italie“ sieht sich in Stand gesetzt, die Gerüchte italienischer Blätter von üblem Einvernehmen zwischen dem italienischen Oberbefehlshaber in Neapel und dem französischen in Rom, für grundlos zu erklären. — Gegen den Bischof von Bergamo hat das Ministerium beim Staatsrath Klage eingericht. — Aus Foggia wird gemeldet, daß dort das 8. Linienregiment eingetroffen ist, welches die Regierung zur Verstärkung der Garnison in jener Provinz absandte, welche von den auf den Gargano geflüchteten Briganti beunruhigt wird. General Doda befehligt die Truppen.

— [Garibaldi] hat an die „Gesellschaft der abruzzischen Jugend“ folgenden Brief gerichtet:

Caprera, 24. Dezember. Dank für den ehrenvollen Titel eines Ehren-Präsidenten. Euch, einer zu großen Dingen bestimmten Generation, fallen große Pflichten zu. Das Vaterland befindet sich in den schwierigsten Verhältnissen; aber es wird siegreich aus der Prüfung hervorgehen durch die feste und unerschütterliche Entschlossenheit seiner Söhne. Geier und Raben, an Leichenfutter gewohnt, schwärmen noch über diese schönen Lande und finden noch Nahrung; Finsterniß über die Erde verbreitend, finden sie noch Anhang. An Euch, der von Gott geliebten Jugend, ist es, diese Finsterniß zu verscheuchen und auf den Trümmern der Unwissenheit das Gebäude der Menschenwürde zu errichten. Seid die Apostel der Wahrheit! Ihr findet sie in der Tiefe Eurer Brust als einen Funken des Geistes, des unendlichen. Zur freien Erfüllung dieser Eurer Sendung bedürft Ihr neben dem heiligen Worte der Wahrheit, das die Betrüger vernichtet, die Macht der Stärke, nicht der Stärke, die unterjocht, sondern derjenigen, die bestimmt ist, die Sklaven zu befreien. Bewaffnet Euch also um des Himmels willen, bewaffnet Euch. Und doch, ich versichere Euch, der Pfad, der Italien zu dem ihm von der Fürsehung bestimmten Range unter den Nationen führt, ist ein sehr leichter Pfad! G. Garibaldi.

Neapel, 14. Jan. [Die Briganten.] Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Es scheint außer Zweifel zu sein, daß der Bruder von Chiavone, der der Bande des letzteren ebenfalls angehörte, sich der Militärbehörde in Sora gestellt hat. Danach zu schließen, muß die Lage dieses Helden eine sehr verzweifelte sein, obwohl Franz II. und seine Umgebung es an Aufmunterungen und Geldunterstützungen durchaus noch nicht mangeln lassen. Die letzten Ereignisse auf Sicilien geben davon einen neuen Beweis. Trotz des ausgedehnten Maaßstabes der stattgehabten Unruhen sind dieselben jedoch, wie es jetzt feststeht, hauptsächlich an dem Widerstande der Bevölkerung selbst und an der energischen Haltung der Nationalgarde gescheitert. Letzterer hat der Statthalter von Sicilien durch Vermittelung der Kommandanten seinen Dank für ihren bewiesenen Patriotismus ausgedrückt. Auch in Palermo befürchtete man in den verflossenen Tagen ähnliche Unruhen, jedoch trotz allem Gerede blieb die Stadt in vollkommener Ruhe und Ordnung.“

Rom, 14. Jan. [Trauergottesdienst; das päpstliche Jahrbuch; Propaganda-Kollegium.] Der Trauergottesdienst für den König von Portugal wurde (endlich) heute Morgen in der sixtinischen Kapelle gefeiert. Der Kardinal Pietro, ehemaliger apostolischer Nuntius in Lissabon, hielt die Messe, worauf der Papst die Absolution ertheilte. Kardinäle und Prälaten wohnten der Feierlichkeit bei. — Nach dem päpstlichen Jahrbuch für 1862, welches demnächst veröffentlicht werden wird, zählt die katholische Welt 938 Diözesen. 75 Bischofssitze, größtentheils italienische, sind erledigt. In dem Jahrbuch ist Kardinal Milesi noch als Legat in Bologna und Msgr. Lisagni als Legat in Forli angeführt. Alles ist darin beibehalten, als wenn die Legationen, die Marken und Umbrien noch vom päpstlichen Stuhl regiert würden. — Sonntag und Montag, 12. und 13., haben die Zöglinge des Propaganda-Kollegiums eine Sitzung veranstaltet, in welcher in 35 verschiedenen Sprachen, vom Italienischen bis zur Sprache der Wilden Neuseelands, gesprochen wurde.

Portugal.

Lissabon, 19. Januar. [Telegr.] Das Regentschafts-Gesetz ist einstimmig angenommen worden.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Januar. [Eröffnung der medizinisch-chirurgischen Akademie; Białobrzeski; der neue Erzbischof; Theater; Verschiedenes.] Bekanntlich sollen die bisher bestandenen Gymnasien und Realschulen einstweilig, bis zur neuen Organisation des gesammten Unterrichtswesens, am 20. d. M. eröffnet werden. Dasselbe soll nun auch am 25. d. mit der hiesigen medizinisch-chirurgischen Akademie geschehen, und werden die Studirenden, deren es im vorigen Jahre 400 gab, von der akademischen Behörde aufgefordert, sich vom 20. d. an, gegen Erlegung des bisherigen Honorars, im Akademiegebäude einzuzeichnen. Man vermuthet, daß, wie schon bisher, sehr viele aus den russischen, ehemals polnischen Gouvernements, aus Moskau, Kijow ꝛc. hierher kommen werden, um hier die medizinischen Kollegia zu hören, zumal durch die hiesigen vielen Hospitäler (namentlich in dem zum „Kindlein Jesu“, diesem großartigen, mit allem reich ausgestatteten Spital, in welchem auch die Klinik und das anatomische Theater eingerichtet, und welches nicht weit von der Akademie belegen ist) den Studirenden reichliche Gelegenheit zu ihrer Ausbildung geboten wird. — Dem Kanonikus Białobrzeski, der in eigener bequemer Equipage, in Begleitung eines Gendarmerie-Offiziers, mit Extrapost nach der Festung Bobrnisk abgeführt worden, ist es bis zur russischen Grenze nicht gestattet worden, irgend Jemand zu kommuniziren, und die Reise ging mit stets schon wartenden Postpferden bis nach der russischen Festung Brzesc, 26 Meilen von hier, unaufhaltsam fort, woselbst man binnen zehn Stunden eintraf. — Morgen reisen dem neuen Erzbischof von Warschau, Felinski, vier Kanonici vom hiesigen Metropolitan-Kapitel zu seiner Einholung entgegen, daher dessen Ankunft nächster Tage erwartet wird. Nach den hiesigen Blättern war derselbe bisher Professor an der geistlichen katholischen Akademie zu Petersburg, ist erst 39 Jahr alt, und der Sohn der polnischen Dichterin Eva Felinski. Nächst dem Kaiser und Papst hat er seine so schnelle Erhebung nur der Renitenz Białobrzeski's und der hiesigen Geistlichkeit zu verdanken, denn Niemand hätte wohl sonst an Felinski gedacht. — Uebermorgen geht das erste Theater-Abonnement auf zwölf Vorstellungen zu Ende, und die Intendantur fordert zu einem neuen Abonnement-Cyclus auf. Das Haus war zwar in den bisherigen Vorstellungen immer gefüllt, denn es war darum zu thun, der polnischen Partei, welche sich noch immer des Theaterbesuchs enthält, den Beweis zu liefern, daß man ihre Widerspenstigkeit nicht beachte. Ob aber allein auf diese Art sich hinreichend Abonnenten zur Erhaltung des Theaters finden werden, müßte man bezweifeln, wenn man nicht voraussetzen könnte, daß diese Demonstration doch endlich auch aufhören wird, um so eher als der Pole sich immer gern amüsirt und seine Toilette auch gern öffentlich zeigt. — Der Krieg zwischen unserm Regierungsblatt, dem Krakauer „Czas“ und mehreren Pariser Blättern wegen unwahrer und übertriebener Berichte über hiesige Zustände dauert noch immer fort; zwar bietet er nichts besonderes Neues, ist aber für uns interessant, weil man dadurch erfährt, was ausländische, hier verbotene Journale enthielten. — Das gestrige, früher mit großer Prozession gefeierte Jordansfest wurde diesmal nicht an der Weichsel, sondern in der Schloßkapelle durch die Wasserweihe, in Abwesenheit des Statthalters, der Generalität und der Behörden begangen. Ungeachtet sich eine große Volksmenge auf dem neuen Wege versammelt hatte, kam keine Störung vor. (Ostſ. Ztg.)

— [Ueber die Lage der Deutschen im Königreich Polen] wird der „D. Z.“ aus Littauen geschrieben: Unter den 4,700,000 Einwohnern Polens leben etwa 26,000 Deutsche. Die Unterdrückung dieses deutschen Elements wird einestheils durch die neue Schulordnnng, nach der in allen Schulen nur polnischer Unterricht ertheilt und nur hinsichtlich der Religionslehre eine Ausnahme gemacht werden soll, theils durch das zu befürchtende Eingehen der „Warschauer deutschen Zeitung“, der einzigen Vertreterin der deutschen Interessen in Polen, gefährdet. Da die Anzahl der Abonnenten der Zeitung, deren sie zu ihrem Bestehen 800 bedarf, in neuerer Zeit in Folge des nationalpolnischen Einflusses erheblich abgenommen hat, so sind die diesseitigen deutschen Grenzdistrikte nun auf höhere Veranlassung angewiesen, für die Verbreitung der genannten Zeitung in angemessener Weise zu sorgen.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Januar. [Zur schleswig-holsteinschen Angelegenheit.] „Faedrelandet“ beschäftigt sich in einem längeren Leitartikel mit den Staatsschriften, welche bisher über die durch die Depesche vom 29. Juli v. J. angekündigten internationalen Verhandlungen zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten gewechselt sind. „Faedrelandet“ will die Freude, welche die jüngste dänische Depesche vom 26. Dezember v. J. hervorgerufen hat, nicht verringern, aber darüber dürfe doch nicht die Aufmerksamkeit von dem wahrscheinlichen Resultate der Unterhandlungen abgezogen oder gar die ganze Situation, in welcher Dänemark sich befinde, in Vergessenheit gebracht werden. Die Gefahr der jetzigen Situation liege keineswegs allein darin, daß Preußen, möglicherweise durch Aussichten zur Nachgiebigkeit die Regierung verleiten könnte, sich auf Verhandlungen über Schleswig einzulassen, sondern in der ganzen durch die Depesche vom 29. Juli geschaffenen Stellung in dem harten Druck, unter welchem diese Unterhandlungen geführt wurden, weil die Regierung, wenn bis zum 1. April keine gütliche Uebereinkunft erreicht werde, nur die Wahl habe, entweder den Beitrag Holsteins zu den gemeinschaftlichen Bedürfnissen über das Normalbudget für das nächste Jahr hinaus aufzugeben, oder sich der Exekution durch Ausschreibung des Beitrags ohne Bewilligung der holsteinschen Stände auszusetzen. Die Gefahr liege nicht darin, daß Preußen ein oder zweimal mit Schleswig auftreten könne, auch sei sie nicht durch die einmalige bestimmte Abweisung der Regierung überstanden, sondern darin, daß die Regierung eine Entscheidung mit Holstein nicht entbehren könne, ohne den anderen Landestheilen zu nahe zu treten, und wie es sich schon jetzt zeige, schwerlich zu einer gütlichen Uebereinkunft werde gelangen können, so lange sie die Verhandlungen wegen Schleswig zurückweise. Man versichere, daß die Regierung nicht mehrere Geldopfer zu bringen gedenke. Sie habe bestimmt erklärt, daß eine Verlängerung des Provisoriums vom 29. Juli 1861 über die jetzige Finanzperiode unmöglich sei und die Unterhandlungen vorher beendigt sein müßten. Was man aber denn zum 1. April thun wolle? Durch die Arbeiten des Reichsrathes würden die Verhandlungen um keinen Schritt weiter gebracht werden. Man werde also am 1. April wieder vor dem mißlichen Dilemma stehen: entweder eine neue halbe Million, um die Verhandlungen aufs Neue ein Jahr ohne Hoffnung des Erfolges hinzuhalten, oder die seiner Zeit von der Bundesversammlung zu wiederholende und auszuführende Drohung der Exekution, wenn der König aus souveräner Machtvollkommenheit den vollen Beitrag zu den gemeinschaftlichen Bedürfnissen ausschreibe. Daß der Konseilspräsident möglicherweise den gordischen Knoten mit dem Schwerte Alexanders bis zum 1. April durchgehauen haben werde, von dieser Möglichkeit will „Faedrelandet“ nichts von irgend Jemand vernommen haben. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, schlägt „Faedrelandet“ dem Ministerium vor, es möge zum 1. April ehrlich und vollständig beschließen, Holstein aus der dänischen Staatsverbindung herauszuorganisiren, so daß dieses Herzogthum als ein gänzlich selbständiges deutsches Land, nicht nur mit eigner Verfassung, sondern mit eigener Regierung, eigenem Heer, eigenen Finanzen, in einen in aller Hinsicht abgesonderten Zustand versetzt würde und nur das königliche Haus gemeinschaftlich bliebe, mit der Verpflichtung, sowohl zu dessen Unterhalt, als zum Abtrag und zur Verzinsung der gemeinschaftlich mit dem Königreich und Schleswig kontrahirten Staatsschuld seinen Beitrag zu liefern. Um etwaigen Einwendungen gegen diesen Vorschlag zuvorzukommen, bemerkt der Berichterstatter der „Hamb. Nachr.“, macht „Faedrelandet“ sie selbst und bekämpft sie natürlicherweise siegreich!

Türkei.

Pera, 11. Januar. [Fuad Pascha's Finanzpläne; strenger Winter.] Der jetzige Ministerpräsident Fuad Pascha unterläßt nichts und wendet alle ihm zu Gebote stehenden Mittel mit der größten Energie an, um die Finanzen zu regeln. Vor Allem sollen die ausstehenden Steuerschulden möglichst schnell eingetrieben und dazu nöthigenfalls selbst die Militärgewalt verwendet werden. Der Vorstand der tagenden Finanzkommission, Ethem Pascha hat nachgewiesen, daß seit Jahren die verschiedenen Steuerpächter mit mehreren hunderttausend Beuteln in Rückstand sind. Fuad Pascha hat deshalb befohlen, die Schuldner ungesäumt zur Zahlung ihrerr Rückstände zwingen zu lassen. Fuad Pascha will ferner die drei Viertheile des ganzen Reichs umfassenden sogenannten Wakufgüter (die mohamedanische todte Hand) zu Gunsten des Staates mit Beschlag belegen und namentlich die 30 Mill. Verwaltungskosten derselben sofort aufheben, da nach seiner Ansicht jeder Priester ohnedies mehr als überflüssig zu leben habe. Er hat dem Großherrn dargelegt, daß neun Zehntheile alles Grundeigenthums von Stambul, Pera und Galata in den Händen der Priester sich befinden. Ebenso fand er es ungerecht, daß die Hauseigenthümer oder Pächter die enormsten Grundsteuern zu bezahlen hätten, während diese Wakuf- resp. Moscheengüter mit 5, 10, höchstens 15 Piastern

Kaime-Kontribution davon kämen. Mittelst der vorhandenen großen Schätze hofft er das jetzt in Milliarden zirkulirende Papiergeld vernichten und dann gleichzeitig die längst versproche Begünstigung der Fremden, sich Grundeigenthum erwerben zu können, verwirklichen zu können. — Sowohl in Pera, wie außerhalb macht die Strenge des Winters viel von sich reden. Seit letztem Montag zeigt das Thermometer beständig 8—9 Grad unter Null, so daß man das seltene Schauspiel genießt, die Brunnen mit heißem Wasser ihrer Fesseln entledigen zu sehen und Feuer dabei brennen zu müssen, um sie vor dem Wiederzufrieren zu schützen. Das goldene Horn war bereits drei Tage bis zur Hälfte seiner äußeren Lage gefroren. Der Schnee liegt ebenfalls seit mehreren Tagen fußhoch, selbst in den belebtesten Straßen, und die Telegraphenverbindung ist nach allen Richtungen htn unterbrochen. (Oestr. Z.)

Asien.

— [Vertrag der Hansestädte mit Siam.] Zwischen den freien Hansestädten Hamburg, Bremen und Lübeck einer- und den Königen von Siam Sr. Majestät dem ersten König Phra Bard Somdetsch Phra Paramendr Maha Mongkut Phra Chom Klau Chan Yu Hua und Sr. Majestät dem zweiten König Phra Bard Somdetsch Phra Paramendr Ramesr Mahiswaresr Phra Pin Klau Chan Yu Hua andererseits ist ein Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen worden, der die Handelsbeziehungen zwischen den genannten deutschen Handelsplätzen und dem Königreich Siam in Ostasien erleichtern und ausdehnen soll. Der quästionirte Vertrag wurde gemeinschaftlich verabredet und festgestellt durch Herrn Theodor Thies Namens der Hansestädte und einem königlichen Prinzen, Sr. Herrlichkeit dem ersten Minister, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Obersten der Minister des königlichen Hauses und Sr. Herrlichkeit dem Oberbürgermeister der Stadt Bangkok Namens des ersten und zweiten Königs von Siam. Er stipulirt den Angehörigen beider Gebiete gegenseitigen Schutz der Person und des Eigenthums zu Wasser und zu Land, regelt das Konsularwesen, gestattet den hanseatischen Bürgern Ausübung ihrer Religion in Siam und dauernden Wohnsitz in der Stadt Bangkok und in anderen näher bezeichneten Bezirken, erlaubt den Hanseaten, siamesische Unterthanen in Dienst zu nehmen, verweist die Aburtheilung von Hanseaten, welche sich in Siam Vergehen und Verbrechen zu Schulden kommen lassen, vor die hanseatischen Konsuln, sagt den Schutz der siamesischen Behörde gegen Seeräuberei an hanseatischen Schiffen zu, begünstigt das Einlaufen von hanseatischen Kriegs- und Handelsschiffen und erleichtert die Zollvorschriften für Waaren, welche hanseatische Schiffe ein- oder ausführen. Kriegsmunition darf nur an die siamesischen Behörden oder mit deren Erlaubniß verkauft werden. Der Vertrag ist vorläufig auf 12 Jahre festgesetzt.

Afrika.

Alexandrien, 20. Januar. [Telegr.] Die Regierung hat den Anleihevertrag mit dem Hause Oppenheim nicht angenommen: die Unterhandlungen sind jedoch noch nicht abgebrochen.

— [Die Arbeiten am Suezkanal.] Die letzten Nachrichten aus El-Kebir vom 1. Jan. lauten erfreulich für die Fortschritte der Arbeiten am Suezkanal. Im El-Guisr, das vor drei Jahren eine Wüste war, halten sich jetzt 6000 Menschen, darunter 600 Europäer, auf. 57 Kilometer sind bereits gegraben und schiffbar; die Süßwasserleitung ist bereits bis zum El-Guisr fortgeführt und gegen Ende Januar wird das Nilwasser in den Timsasee fließen. Der schwierigste Theil der Arbeit ist die Schnelle des El-Guisr, und diese soll nun bald von 40,000 Mann in Angriff genommen werden.

Amerika.

— [Die Stimmung im Süden; der Krieg; Auslieferung der Südkommissare; Sklavenverschwörung.] Der Spezialkorrespondent der „Times“ schreibt aus Washington: „Der Vorwand, daß es im Süden eine große unionistische Partei gebe, schwindet rasch. Ein gefangener Offizier schreibt aus Alabama: „Schon früher habe ich auf die außerordentliche Einstimmigkeit der Bevölkerung in den Südstaaten betreffs des Krieges aufmerksam gemacht. Alle Leute, mit denen ich hier verkehre, und es sind nicht wenige, sprechen sich sehr eifrig für die Trennung von der Union aus. Dieser kleine Ort scheint von seinen Bewohnrrn verlassen zu sein, denn die meisten sind zum Heere abmarschirt. Es ist Zeit, daß unsere Regierung diese Thatsachen gebührend ins Auge fasse. Unsere Truppen haben beinahe in allen Schlachten den Kürzern gezogen, der Feind hat sich ohne Widerrede als kriegführende Macht bewährt, so führe man denn auch den Krieg nach den Grundsätzen der Zivilisation und wechsle die Gefangenen aus. In weniger als einem Jahre werden wir schon im Stande sein, die Konföderirten zur Union zurückzubringen, an deren Zerstörung sie jetzt arbeiteten“. Sämmtliche Kriegsgefangene dringen darauf, daß man sie auswechsle, und täglich mehrt sich der Druck auf die Regierung, damit sie sich insoweit zu einer Anerkennung des Gegners herbeilasse. Die Leute sind Entbehrungen ausgesetzt, leiden an Kleidern, Decken und andern Dingen Mangel. Kein Wunder, denn der Süden ist nicht im Stande, seine eigenen Truppen zu kleiden. Die in der Affaire von Dranesville Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen waren in Baumwollenzeug gekleidet, und das bei diesem frostigen Wetter. Trotzdem gehört ein starker Glaube dazu, dem Norden einen raschen Erfolg zu prophezeien, nachdem es ihm an Geldmitteln gebricht. Die Einnahme von Charleston und Savannah wird täglich erwartet, aber je weiter der Norden vordringt, desto lauter werden sich die widersprechenden Ansichten über die Sklaven-Emanzipation vernehmen lassen. Die Konföderirten scheinen die Grenzstaaten den Bewohnern derselben zur Vertheidigung anheimgestellt und eine ungeheure Armee am Potomac konzentrirt zu haben. Missouri hat zum Mindesten in Einem Distrikte gezeigt, wohin seine Sympathien neigen, indem es 100 Meilen der Nord-Missouri-Bahn verwüstete, und Kentucky hat vom Süden weniger Unterstützung als vom Norden erhalten. — Sonnabend 28. Dezember. General M'Clellan erholt sich allmälig von seinem typhösen Fieber, in dem er homöopatisch behandelt wurde. Dasselbe gilt von seinem Schwiegervater, General Marcy, der ebenfalls krank war, doch sind beide noch nicht so weit hergestellt, um aktive Operationen vornehmen zu können. Es wäre höchste Zeit, die oft verheißene Vorrückung vorzunehmen, denn die nach südlichen Küstenpunkten detachirten Truppen haben von Krankheiten viel zu leiden, dasselbe gilt von den Besatzungstruppen in Beaufort, und nicht besser geht es denen in Hatteras. In 14 Tagen, wenn nicht früher, sollen die Generale Rosenkranz und Reynoldt von Romnes aus nach rechts, M'Clellan gleichzeitig im Zentrum gegen Manassas, und Burnside gegen den rechten Flügel des Feindes in Virginien vorrücken. Die Konföderirten versichern, das sei alles, was sie wünschen, doch werden sie andere Soldaten als bei Bulls Run zu Gesichte bekommen, und haben sie seitdem auch selber Fortschritte in der Disziplin gemacht, kann dies doch unmöglich betreffs ihrer Bewaffnung und Ausrüstung der Fall sein. — Montag, 30. Dezember. Heute ist zwischen Lord Lyons und Mr. Seward das Nöthige verabredet worden, wie die Herren Mason und Slidell wieder unter den Schutz der britischen Flagge gestellt werden sollen. So wenig Zutrauen hatte der amerikanische Staatssekretär in die Fügsamkeit des Publikums, daß er den Wunsch aussprach, es sollten die Anstalten im Geheimen getroffen werden. Nach langem Hin- und Herreden einigten sich die beiden endlich dahin, es solle sich ein amerikanisches Fahrzeug noch Fort Warren verfügen, um die Gefangenen daselbst in Empfang zu nehmen und nach dem amerikanischen Hafen Provincetown zu bringen, von dort werde ein englisches Kriegsschiff sie nach Halifax führen, so daß die Gefangenen in einem amerikanischen Hafen unter den Schutz der britischen Flagge, der sie gewaltsam entzogen worden waren, zurückgestellt werden. Lord Lyons willigte in diese Anordnungen, um die Gefühle des so reizbaren amerikanischen Volkes nicht unnöthig zu verletzen. Von Halifax können die Entlassenen gehen, wohin es ihnen beliebt. — Freitag, 3. Januar. Gerüchle, die einige Glaubwürdigkeit verdienen, erzählen von einer im Süden entdeckten Sklavenverschwörung und von der Hinrichtung der Rädelsführer. Zu bestätigen scheint sich vorerst, daß die Neger auf den Pflanzungen von Dr. Mercer, Dr. Duncan und General Quitman sich in einem Zustande der Empörung befinden. Die demokratische Parkei will keinen Antheil haben an der Mitschuld oder Billigung „eines derartigen Beistandes von Seiten unserer natürlichen Verbündeten“, die abolitionistischen Organe dagegen machen ihren Führern schon seit einiger Zeit den Vorwurf, daß sie zu scheu seien, die Sklaven zu ihrer Emanzipation aufzumuntern, die sie am schnellsten durch die Ermordung ihrer Herren bewerkstelligen könnten.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Der Gesammtvorstand des Herrenhauses für die diesjährige Session besteht aus folgenden Herren: Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, Graf E. zu Stolberg-Wernigerode, Graf v. Brühl, Graf v. Arnim-Boytzenburg, Herzog von Ratibor, v. Meding, v. Plötz, v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Dr. Götze, v. Waldaw-Steinhöfel, Piper, Dr. Krausnick, v. Rabe und außerdem 4 von den 8 Schriftführern des Plenums, welche monatlich in dieser Funktion wechseln.

— Die Kommission des Herrenhauses für Berathung der Wege-Ordnung besteht aus den Herren: Graf v. Nesselrode-Ehreshofen, Graf Dohna-Reichertswalde, v. Katte, Graf v. Schulenburg-Emden, v. Meding, v. Karstedt, Graf Taczanowski, Herzog v. Ujest, v. Wedell, Graf v. Dönhoff-Friedrichstein, Graf Schwerin, Graf v. Rittberg, Frhr. Senfft v. Pilsach, Graf Itzenplitz, Eraf v. Westphalen.

Militärzeitung.

Der Stand der Dinge in Amerika. Die neuesten aus dem Lager der amerikanischen Union eingetroffenen Privatbriefe lassen die Verhältnisse dort in einem sehr trüben Lichte erscheinen und enthalten Fingerzeige genug, um die unerwartete Nachgiebigkeit der amerikanischen Staaten gegen die peremtorischen Forderungen Englands auf ihren natürlichen Anlaß und eine ausreichende Erklärung zurückzuführen. Amerika ist eben am Rande mit seinen Mitteln; es wäre bei der tollen Wirthschaft, die in allen Staatsbranchen, namentlich aber in dem amerikanischen Heer- und Seewesen eingerissen ist, auch zu verwundern gewesen, wenn der finanzielle Ruin nicht eine Folge hätte davon sein sollen. Und doch ist mit dem ungeheuren Aufwand von täglich über zwei Millionen Dollars allein für die amerikanischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, noch herzlich wenig bewirkt worden. Einzelheiten geben jetzt den Schlüssel zu den ungeheuren Zahlenangaben, welche vom Staatssekretär des Kriegsdepartements dem Senat und Repräsentantenhause gemacht worden sind. Es ist gewiß, daß die Union für eine Armee von 650,000 Mann hat bezahlen müssen und noch Tag für Tag die Mittel aufbringen muß; doch der wirkliche Stand der Truppen dürfte vielleicht auf kaum ein Drittel, wo nicht unter ein Viertel jener Zahl veranschlagt werden. So haben neuerdings die 17 bei der amerikanischen Hauptarmee am Potomac einrangirten Pensylvanischen Regimenter, die durchgängig zwischen 900—1000 Köpfe stark sein sollten, wegen der numerischen Schwäche, zu welcher sie nach und nach durch Desertion und Krankheit herabgesunken waren, in eine einzige Brigade von noch nicht 2400 Mann Stärke verschmolzen werden müssen, und doch erfolgte dies noch zu einer Zeit, wo, wenn die Auszahlung des Soldes bei den hierfür gültigen zweimonatlichen Terminen sich auch bereits gelegentlich verzögerte, wenigstens doch die Verpflegung der Truppen nichts zu wünschen übrig ließ. Jetzt stockt indeß auch diese, die Winterbedürfnisse für die Armee sind dazu noch nicht beschafft, und die Rückstände für den Sold zeigen sich im raschen Wachsthum begriffen. Wenn nicht neue, noch ungeahnte Hülfsquellen sich erschließen, so dürften diese üblen Einflüsse vereint leicht die Unionsarmee bis zum nächsten Frühjahr zur völligen Auflösung bringen. Den Kern des Heeres bilden auch gegenwärtig noch die Deutschen, und nächst denen diejenigen Regimenter, bei welchen sich ein starkes irisches Element vertreten findet, doch leiden diese letztern allerdings an dem Mangel tüchtiger Offiziere und guter Unteroffizierkadres, welchen man aber jetzt durch Abgabe von der eigentlich stehenden Unionsarmee zu heben versucht hat. Es scheint nämlich, als ob die Unionsregierung diese irländischen Truppen, einmal als ein Gegengewicht gegen die mit nicht geringem Mißtrauen angesehenen deutschen Streitkräfte betrachtet, und dann auch wohl jene zumeist für die spätere definitive Ueberführung und Einverleibung in das stehende Heer im Auge hat. Bei der Armee am Potomac befinden sich zur Zeit etwa 20 derartige Regimenter eingetheilt, und diese sind bisher auch die einzigen Truppenkorps, bei welchen die ausständigen Winterbedürfnisse zur Vertheilung gekommen sind, und für die unablässig, namentlich in den großen Hafenstädten, geworben wird, um sie wenigstens nothdürftig auf ihrem ursprünglichen Stärkestand zu erhalten. Aehnlich ganz und gar steht es mit den deutschen Regimentern. Seit der Bevorzugung vom vorigen Sommer, wo nach der Schlacht bei Bulls-Run die Brigade Blencker die erste Unionstruppe war, welche von Staatswegen regelmäßig in blau mit roth und die leichten Bataillone oder eigentlich Regimenter blau mit grün uniformirt wurde, ist für dieselbe kaum noch irgend etwas geschehen, und so sehr die Amerikaner auch die militärische Tüchtigkeit dieser deutschen Schaaren anerkennen, so wäre es ihnen jedenfalls doch gar nicht unlieb, wenn dieselben sich soweit auflösen wollten, um die Reste unter die eigentlich amerikanischen Truppen unterstecken zu können. Zu verwundern ist das freilich nicht. Die Deutschen haben nirgend ein Hehl daraus gemacht, daß sie mit einer so allgemeinen Erhebung nur an dem Kriege Theil genommen haben, um für das deutsche Element in den Vereinigten Staaten überhaupt mindestens die gleich politische Stellung mit den eingeborenen Amerikanern zu erlangen, und das ist von diesen Letzteren mißverstanden worden. Eine andere Quelle zu ewigem Hader zwischen den Deutschen und nomentlich dem amerikanischen Verpflegungsstabe ist, daß die Ersteren, an mehr regelmäßige Zustände gewöhnt, sich den Betrügereien der letzteren keineswegs so gefügig als die anderen Truppenabtheilungen gezeigt haben, wo meist Jeder nur darauf sinnt, sein Theil von dem allgemeinen Betruge und den bis ins Ungeheure ausgedehnten Unterschleifen mit in Anspruch zu nehmen. Uebrigens werden von den amerikanischen Blättern einzelne deutsche Führer, und namentlich Blenker, angeschuldigt, die hierher gehörigen Künste noch besser fast als die amerikanischen Verpflegungsbeamten auszuüben zu verstehen. So namentlich soll der Verkauf von Lagerbier bei den deutschen Truppen, welchen dieselben gleichsam als eine Auszeichnung von allen anderen amerikanischen Truppen voraushaben, verschiedenen deutschen Stabschefs und Staboffizieren, worunter wieder Blenker und sein Stabschef, der Brigadegeneral Sahel, obenan genannt werden, außerordentliche Revenuen abwerfen. Auch über die Insolenz und den Hochmuth des Ersteren wird selbst von deutscher Seite die bitterste Klage geführt; freilich darf eine derartige Ueberhebung bei dem Manne kaum Wunder nehmen, denn befindet sich doch neben anderen altadligen deutschen Namen selbst ein Prinz Salm als Oberst unter seinen Stabsoffizieren. Vertreter des deutschen Elements im Hauptquartier des amerikanischen Obergenerals Mac Clellan ist gegenwärtig der Oberst v. Radowitz, ein Sohn des verstorbenen preußischen Generals. So sehr beliebt derselbe bei den Amerikanern ist, so wenig ist er es bei den Deutschen, die ihn ganz offen beschuldigen, um Frauengunst und anderer Vergünstigungen willen ihre Interessen zu vernachlässigen. Freilich lebt er mit Blenker und noch anderen einflußreichen deutschen Führern auf durchaus gespanntem Fuße, und dies dürfte vielleicht einen guten Theil seiner Unbeliebtheit erklären. Im Ganzen scheinen im Lager wie sonst überall auf Seiten der Union noch wahrhaft heillose Zustände zu herrschen. —p.

Lokales und Provinzielles.

e Posen, 22. Jan. [Hundesteuer und Trottoir.] Bis zum Erlaß der jetzigen Hundesteuerordnung gab es in Posen mehr steuerfreie als besteuerte Hunde. Niemand wird deshalb tadeln, daß die Befreiungen beschränkt worden sind; nur über die Grundsätze die dabei maaßgebend waren, gehen die Ansichten auseinander. Einige halten die Hundemaulkörbe neben der Hundesteuer für überflüssig. Andere sind zwar einverstanden, daß die Steuer zur Förderung der Trottoirlegung verwendet wird, die nicht bloß eine Verschönerung sondern eine wirkliche Wohlthat ist, deren Tausende von Einheimischen und Fremden, von Reichen und Armen, täglich von Neuem sich erfreuen. Aber dieser Zweck wird durch das längst veraltete Regulativ doch nur sehr unvollkommen erfüllt. Danach nämlich sollen die Hausbesitzer nach einer gewissen Reihenfolge einen Zuschuß von etwa der Hälfte der Trottoiranlagekosten geschenkt erhalten. Die große Mehrzahl der Hauseigenthümer hat Trottoirs gelegt, ohne den Zuschuß erhalten oder beansprucht zu haben. Jetzt erhalten diese Zuschüsse vorzugsweise die Hausbesitzer der größeren Straßen, die meist wohlhabend, durch den eigenen Vortheil geleitet, Granitbahnen herstellten und die Kosten aus den höheren Laden- und Wohnungsmiethen wohl großentheils längst gedeckt haben. Rücksichten der öffentlichen Reinlichkeit, Ordnung und Gesundheitspflege erfordern aber daß die Granitbahnen auch in den engen Gassen hergestellt werden wo die Häuser keine Höfe haben, die Besitzer meist arm sind und auf Steigen der Miethe nicht rechnen können. Die Einnahme aus der Hundesteuer würde gerechter und nützlicher verwendet werden, wenn bedürftigen Hausbesitzern Behufs der Trottoirlegung zinslose Vorschüsse die sie allmälig zurückerstatten, gewährt würden, statt daß jetzt ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit für längst hergestellte Trottoirs bedeutende Prämien aus der Stadtkasse, d. i. auf Kosten anderer Steuerpflichtigen, gezahlt werden. Wenn auch denjenigen Hausbesitzern, welche Ansprüche auf die Prämie erworben haben, diese nicht entzogen werden können und sollen, so ist die Abänderung des alten Regulativs umsomehr geboten, als jetzt auch Diejenigen zur Hundesteuer herangezogen worden, welche Hunde zur Bewachung halten.

** — [Der Wohnungsanzeiger für Posen], der in Kurzem erscheinen soll, wird nach den neuesten Bevölkerungslisten aufgestellt und übertrifft in Bezug auf Vollständigkeit nicht bloß die früheren Anzeiger, sondern auch ähnliche Arbeiten in anderen Städten. Alle Hausstände und selbständigen Personen bis zu den ortsangehörigen Gewerksgehülfen und Arbeitern sind darin aufgenommen. Beigefügt sind eine alphabetisch geordnete Hausliste mit sämmlichen Hausbewohnern, eine Liste aller Aerzte, Kaufleute, Gewerbtreibenden, Agenten, Händler, Verzeichniß der Militär- und Zivilbehörden, aller Institute und Vereine, ein Nachweis der Stadtbehörden, der Bezirks- und Armenvorsteher, Prüfungs-Kommission, Innungs-Vorstände; endlich eine Uebersicht der Bevölkerungsstatistik der Stadt.

— [Kirchliches.] Das in Breslau bestehende Ober-Kirchenkollegium, als Vorstand der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner, hat den bisherigen Hülfsgeistlichen in Militsch, Samuel Bürger, als Pastor der evangelisch-lutherischen Parochie Prittisch bestätigt und dessen Qualifikation in Gemäßheit der Generalkonzession vom 25. Juli 1845 nachgewiesen.

— [Kath. Pfarrstellen.] Die Verwaltung der Kirche und Pfarre in Rynarzewo ist dem Probst und Vertreter des Dekans Kenzer in Schubin cum facultate substituendi per commendam übertragen und ihm zur Hülfe der Geistliche Szymański aus Barcin als Vikar zugeordnet worden. — Die kommendarischen Verwaltungen der Pfarrstellen zu Trzemeszno und zu Duszno sind dem Lizentiaten und Religionslehrer Kegel in Trzemeszno übertragen worden.

— [Lehreranstellungen.] Im Laufe des vierten Quartals 1861 sind folgende Lehrer definitiv angestellt worden: Noak in Luboniec-Hauland, Kühn in Kulkau, Kaźmierczak in Borek, Dudek in Szklarka przygodzka, Rosenthal in Schrimm, Goldschmidt in Schrimm, Wendland in Ostrowo, Chilomer in Kolniczki, Rogozia in Obrzycko und Korytowski in Podpniewki.

— [Vakante Schulstellen.] Die dritte Schullehrerstelle zu Bomst (Kr. Bomst) zum 1. April d. J.; die evang. Schullehrerstelle zu Dąbrowker Hauland (Kr. Bomst) zum 1. April d. J.; die zweite Lehrerstelle an der jüdischen Schule zu Pinne (Kr. Samter). Der betr. Schulvorstand hat bei sämmtlichen Stellen das Präsentationsrecht.

— [Viehkrankheiten.] Unter dem Rindvieh und den Schafen in Kościesl Abbau (Kr. Inowracław) und unter dem Rindvieh in der Stadt Gembic (Kr. Mogilno) ist die Tollwuth ausgebrochen und sind deshalb für die genannten Orte und deren Feldmarken die gesetzlichen Sperrmaaßregeln ausgeführt. — Die Tollwuth unter dem Rindvieh in Bogdara (Kr. Wongrowitz) und der Milzbrand unter den Pferden in Sopkowo (Kr. Inowracław) ist erloschen und die Sperre dieser Orte wieder aufgehoben.

Posen, 22. Januar. [Symphonie-Soiréen.] Es hat Jahre gegeben, in welchen es nur unter sehr großen Schwierigkeiten — andere, in denen es trotz aller Bemühungen gar nicht gelingen wollte, hier in Posen einen Cyclus von Symphonie-Soiréen, zur Pflege des höchsten und größesten Genre's der Instrumentalmusik, zur Förderung des wahrhaft guten Geschmacks und des edlen Sinnes für die echte Tonkunst, zu Stande zu bringen. Die Zeiten ändern sich, und wir dürfen solche Wahrnehmung an sich mit Freuden begrüßen, wenn auch der praktische Sinn bei Berücksichtigung der hiesigen eigenthümlichen Verhältnisse sich dem Bedenken nicht ganz wird verschließen können, ob man in dieser Beziehung hier vielleicht nicht auch zu viel thun könne. Zu den Radeck'schen Symphonie-Soiréen, welche einer sehr regen Betheiligung mit Recht sich erfreut haben, tritt jetzt noch ein neues ähnliches Unternehmen unter Leitung der beiden Kapellmeister Eberstein und Fritsche (resp. vom 12. und 46. Inf. Regt.), welche mit den besten Kräften ihrer Musikkorps ebenfalls einen Cyclus von Symphonie-Soiréen und zwar im Saale des Bazar an den bisher freien Mittwochen (am 29. Januar, am 12. und 26. Februar) veranstalten werden, die sich insofern von den Radeck'schen unterscheiden, als sie ausschließlich nur Werke der deutschen Klassiker zu Gehör bringen sollen und also die modernen Komponisten auf diesem Gebiete nicht berücksichtigen werden. Die Preise sind billig gestellt, Billets in der J. J. Heine'schen Buchhandlung, bei Herrn Caspari und im Bazar zu haben. Die erste Soirée soll, wie wir hören, die Ouverture zur Iphigenia von Gluck und zur Zauberflöte von Mozart, die Militärsymphonie von Haydn und die B-dur von Beethoven bringen. Wir unsererseits können das Unternehmen mit den besten Wünschen begrüßen, denn ein edler Wettstreit auf diesem herrlichen Felde wird für die Kämpfer wie für die Zuschauer ohne Zweifel nach allen Seiten hin von wesentlichem Nutzen sein, und es läßt sich natürlich mit Sicherheit voraussetzen, daß die Rivalen alle Kraft aufbieten werden, nicht nur einander ebenbürtig zu erscheinen, sondern an Tüchtigkeit und immer wachsender Gediegenheit der Leistungen einander zu übertreffen. Das aber ist ein unberechenbarer Gewinn für die edle Sache der Kunst, wie für das theilnehmende Publikum. Daß der erstere in recht ausgezeichnetem Maaße erzielt werde, daß letzteres seine thatkräftige Theilnahme beiden Unternehmungen in möglichster Ausdehnung zuwende: das ist unser aufrichtiger Wunsch und unsere freudige Hoffnung.

— [Rechenschaftsbericht über die Arbeiten und Leistungen des Muchocyn-Hauland—Marienwalder Deich-Verbandes für 1861.] Das eben abgelaufene Jahr ist von der Deichsozietät als ein ereignißvolles zu erachten, denn einmal ist es ermöglicht worden, das Deich-Kataster nach erfolgter Beseitigung der von einzelnen Interessenten gegen die Katastrirung erhobenen Reklamationen klar festzustellen, und die Bestätigung desselben Seitens der K. Regierung zu erlangen. — Dann hat der Ackerbau-Minister, Graf Pückler, auf die Befürwortung des Ober-Präsidenten v. Bonin genehmigt, daß eine bei der Provinzialhülfskasse zu Posen noch haftende Schuld von 10,000 Thlrn. Behufs deren 5prozentigen Verzinsung und Amortisirung, so weit es die Finanzen erlauben, auf den Staatsfond übernommen werde. — Endlich hat die K. Regierung den diesseitigen Entwurf zu einer Polizei-Ver-

(Fortsetzung in der Beilage.)

ordnung, wie er den hiesigen Lokalverhältnissen der Sozietät entspricht, festgestellt, und ebenso das unterbreitete Regulativ für die Deichvertheidigung bei Eisgang und Hochwasser bestätigt. — Die angeführten Thatsachen sind auch von unmittelbaren Folgen begleitet gewesen, indem mit der Aufstellung des Katasters die Unsicherheit in Ausschreibung der Deichbeiträge aufgehört hat und die stattgehabten Ueberhebungen einzelner Interessenten durch Rückzahlungen ausgeglichen werden konnten. Die Uebernahme des Restbetrages von 10,000 Thlrn. auf den Staatsfond entbürdet die Deichgenossenschaft von augenblicklicher Rückzahlung jener Schuld und gewährt, bei 3% Zinse und 2% Amortisation die sichere Aussicht diese, nebst den im Jahre 1857 aus Staatsmitteln der geliehenen 15,000 Thlr. mit dem Jahre 1895 getilgt zu sehen. Endlich bietet die von der K. Regierung bestätigte Deich-Polizei-Verordnung den Schutz, der zur Erhaltung einer mit so großen Opfern ins Werk gesetzten Anlage dringend erforderlich ist.

Neben diesen erfreulichen Ergebnissen hat es nicht an betrübenden gefehlt. Mit dem Beginn der Arbeiten hatte man begründete Hoffnung, es werde der zur Bildung des Deichkörpers und dessen Bekleidung erforderliche Boden und Rasen von den Adjazenten unentgeltlich überlassen werden. Diese Erwartung ist getäuscht worden, indem einzelne Interessenten später ihre Ansprüche wegen Entschädigung der überlassenen Erdgruben und des Rasenstichs geltend machten, denen lavinenartig alle Uebrigen folgten. Hiernach ist der Deichsozietät die unbequeme Verausgabung von 834 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf. erwachsen. Doch erscheint die angeführte Verausgabung gerechtfertigt, indem nur die dem Damme zunächst belegenen Wirthe von der Deteriorirung betroffen wurden, während die entfernter gelegenen, bei weitem die Mehrzahl, hiervon verschont blieben. — Aus einer früheren Verwaltungsperiode sind im Prozeßwege von den damaligen Bau-Unternehmern noch 66 Thlr. 20 Sgr. erstritten, wonach die Deichbaukasse mit 104 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf. belastet wurde. In gleicher Weise bedrohlich, ist der auf Höhe von 551 Thlr. gestellte Regreß-Anspruch des Gastwirth Wolke zu Groß Krebbel wegen in Folge der Deichanlage angeblich herbeigeführter Zerstörung seines Grundstücks. Der Prozeß, in erster Instanz für die Deichsozietät günstig entschieden, liegt der Appellation-Instanz vor und bleibt das Endresultat für jetzt noch im Zweifel. — Den wesentlichsten Theil der letztjährigen Bauthätigkeit bildet die Herstellung des Fahrbanquetts bis auf 6 Fuß unter der Dammkrone, nach Maaßgabe der bezüglichen Ministerialbestimmung, und die Verbreiterung, resp. Vertiefung mehrerer Haupt-Abzugsgräben. Sind beiderlei Ausführungen noch nicht vollendet, so ist Grund dafür in der möglichst vorsichtigen Verwendung der vorhandenen Geldmittel zu finden, indem betreffs Aufbringung derselben, den bis jetzt alljährlich stark herangezogenen Deichgenossen billig einige Schonung gewährt werden mußte. Schließlich mag noch bemerkt werden, daß von dem 11,000 Thlr. betragenden Darlehn der Provinzial-Hülfskasse 1000 Thlr. zurückgezahlt wurden.

Während des abgelaufenen Jahres sind 880 laufende Ruthen Fahrbanquetts hergestellt, mit einer Bewegung von 1937⅝ Schachtruthen Erde und einem Kostenaufwande von 642 Thlrn. 26 Sgr. 6 Pf. Es kostet daher die Schachtruthe Boden zu fördern inkl. Rasenbelag 9 Sgr. 11½ Pf. Dieser bedeutende Kostenbetrag begründet sich darin, daß zu Herstellung der Fahrbanquetts der Boden aus dem Vorlande entnommen werden mußte, wenn nicht kostspielige Nutzungs-Entschädigungen entstehen sollten, wodurch freilich die vergleichsweise geringe Unbequemlichkeit entstand, daß der Boden über den Damm mit steiler Ansteigung transportirt werden mußte. — Schleusenarbeit ist nicht erforderlich gewesen. — Seitens der k. Stromverwaltung sind im Schifffahrts-Interesse mehrere Buhnenwerke am Rosenthaler-Ufer ausgeführt, von denen sich die Verlandung des dort scharf angegriffenen Dammes mit Sicherheit erwarten läßt. Gleichwohl hat zur Vorbeugung eintretender weiterer Angriffe der Deich auf 32 Ruthen Länge geschützt werden müssen, weshalb mit Hinzurechnung zweier Faschinen-Packwerke auf Stryche-Hauländer Grund sich eine Verausgabung von 214 Thlrn. 9 Sgr. 9 Pf. herausstellte. — An Entschädigungen wurden gezahlt 834 Thlr. 23 Sgr. 8 Pf. — Ferner wurden 697 laufende Ruthen alter Gräben regulirt, 50 laufende Ruthen neu gezogen, 6 Privatbrücken und 1 Brücke über den Gr. Krebbler Kommunikationsweg ausgeführt, zusammen für 341 Thlr. 16 Sgr. 7 Pf. — Die Kosten des Hochwasserschutzes und des Eisgangs, Gehalte, Rendantentantièmen, die Arbeiten für den Abschluß des Deichkatasters, die Zinsen von der bei der Provinzial-Hülfskasse stehenden Schuld von 11,000 Thlrn., sowie die Rückzahlung von 1000 Thlrn. an dieselbe, die Beschaffung und Bezeichnung von Abtheilungssteinen rc. verursachten eine Ausgabe von 2140 Thlrn. 11 Sgr. 11 Pf., so daß die Summe der Ausgaben pro 1861 4173 Thlr. 28 Sgr. 5 Pf. beträgt. Der Kassenabschluß ergiebt: Bestand aus dem Jahre 1860 179 Thlr. 18 Sgr. 10 Pf.; an Deichbeiträgen 4939 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf.; und anderweite Einnahmen 83 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. Summa der Einnahme also 5202 Thlr. 29 Sgr. 3 Pf. Mithin bleibt ein Baarbestand pro 1862 von 1039 Thlrn. — Sgr. 10 Pf.

In Voraussetzung der vom Ackerbauminister Grafen Pückler zugesicherten Uebernahme der oben angeführten Schuld von 10,000 Thlrn. finden sich für jetzt Passiva nicht vor; es ist vielmehr zu dem obigen Baarbestande noch der theilweise Eingang von 152 Thlrn. 18 Sgr. 2 Pf. an Resten mit näherungsweise etwa 100 Thlrn. zu erwarten, und somit ergiebt sich ein Dispositionsfond von 1139 Thlrn. — Sgr. 10 Pf. Werden auf die bei dem Eintritt von Hochwasser und Eisgang etwa erforderlichen Deichvertheidigungs-Maaßregeln 139 Thlr. — Sgr. 10 Pf. gerechnet, so bleibt für die nächste Bauperiode ein Baarbestand von 1000 Thlrn. — Um nun einerseits diesen Fond nutzbar anzulegen, andererseits einer hochwichtigen Institution unseres Kreises fördernd an die Hand zu gehen, sind der Kreis-Chausseeverwaltung 900 Thlr. gegen 4% Zinsen bis zum 1. April d. J. darlehnsweise überlassen worden. Der Bestand von 1000 Thlrn. soll in der nächsten Bauperiode dazu verwendet werden, dem begründeten Andringen der unterhalb belegenen Deich-Interessenten von Rosenthal und Marienwalde wegen Abschluß des Deiches durch das alte Warthebette Rechnung zu tragen. Für die eben genannten Niederungs-Ländereien sind die bisherigen Anstrengungen immer noch als nutzlos zu erachten, so lange dieselben von jedem Hochwasser übergossen werden. Sobald daher der Verlandungsprozeß des alten Warthelaufes nur irgend vorschreitet, muß mit der Durchschüttung begonnen, und es sollen nach Abgang des diesjährigen Frühjahrswassers die desfallsigen Anträge gehörigen Orts gestellt werden.

‡ **Krotoschin**, 21. Januar. [Eine Wahlrede.] Bei der gestern in Koźmin abgehaltenen Nachwahl eines Abgeordneten hielt bei dem vorher in der kathol. Kirche abgehaltenen Gottesdienste, in welchem die bekannten Lieder gesungen wurden, der Probst v. J. aus P. hiesigen Kreises die nachstehende Rede. Sie ergiebt, daß man noch immer nicht Willens ist, die Kirche von der Nationalität zu trennen. Sie lautet: „Gelobt sei Jesus Christus! Mit diesem katholischen und altpolnischen Gruße heiße ich Euch in diesem Heiligthume willkommen. Wiederholt habt Ihr Euch im Wahlorte versammelt, weil Herr v. Niegolewski, das erste Mal als Deputirter gewählt, die Wahl nicht angenommen hat und nicht annehmen konnte, da er von der Wahl nicht auf solche Weise benachrichtigt worden ist, wie er dies als Pole nach den Gesetzen, die durch die Gewalthaber garantirt sind, fordern kann. Wir werden also wiederholt wählen. Nicht einer von Euch hat wegen dieser Wahl ein Opfer gebracht; wenig thut Schnee, leichter Frost, oder daß Ihr nicht ausgeschlafen habt; es handelt sich um das Wohl unserer heiligen Erde. Und ich bin überzeugt, daß Ihr auch bei anderem Schnee, anderer Kälte und schlaflosen Nächten, Euch entschließen werdet, wenn dies nothwendig ist. — Wen werden wir heute wählen? Eben wieder Hrn. v. Niegolewski, welcher erklärt hat, er werde die Wahl annehmen. Wenn wir Hrn. v. Niegolewski, der sein ganzes Leben zum Besten unserer Erde geweiht, nicht wählten, so wäre dies eine Undankbarkeit von unserer Seite für seine Bestrebungen. Ich, und wir Priester alle, werden ihn wählen. Aber, es ist dies kein Zwang, daß Ihr ihn wählt (?); ich habe keine Exekutoren hinter mir, welche Euch dazu zwingen würden, aber Jeder wird heute Herrn v. Niegolewski wählen, der unsere heilige Kirche liebt; v. Niegolewski wird also auch heute unser Deputirter sein. Seid einig — wie das immer die Polen sind, und stimmt einmüthig auf diesen Einen!"

Bromberg, 21. Jan. [Das Programm des „Neuen Bromberger Wochenblattes"] lautet nach der „Bromb. Ztg.": „Das preußische Verfassungsleben steht an einem Wendepunkte. Die sogenannten Liberalen oder Ministeriellen sind bei den letzten Wahlen von den Demokraten besiegt worden. Ein Ausbau unserer Verfassung in demokratischem Sinne muß die nothwendige Folge dieses Wahlresultats sein. Viele Leute wundern sich über diesen Sieg der Demokraten, da ihnen bekannt, daß die große Mehrheit des preußischen Volkes königlich gesinnt ist. Wir ziehen daraus nur den Schluß, daß diese Mehrheit getäuscht worden ist, und zwar durch die Presse, welche sich ganz überwiegend in den Händen der Demokraten befindet. Dieser Täuschung entgegenzuwirken und Aufklärung über die wahren Interessen unseres preußischen Vaterlandes, so weit unsere Stimme reicht, zu verbreiten, das soll die nächste Aufgabe des „Neuen Bromberger Wochenblattes" sein. Wir werden uns dabei mehr mit Thatsachen beschäftigen, als mit den Phrasen unserer Gegner; wir werden mehr die Erfahrungen berücksichtigen, als kleinliche Parteiprinzipien. Vor allen Dingen werden wir uns bemühen, die Heuchelei aufzudecken, mit welcher Umsturzmänner jetzt von Treue gegen König und Liebe zum Vaterlande sprechen. Wir rechnen dabei nicht nur auf die Unterstützung aller Konservativen, sondern auch auf die Unterstützung aller derjenigen, welche für Förderung der bürgerlichen Freiheit sind. Wir glauben der Freiheit am besten zu dienen, wenn wir der Zentralisation entgegentreten und der Entwickelung der Selbstverwaltung ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Die materiellen Interessen sind im Hintergrunde aller politischen Parteien die bewegenden Triebfedern. Das platte Land und die kleineren Städte stehen in dieser Beziehung gegenüber der großen Industrie, wie den großen Städten. Auf welcher Seite wir stehen, ist selbstverständlich, wir unterscheiden uns aber von unseren Gegnern dadurch, daß wir offen für unsern Standpunkt auftreten, während sie es heimlich thun. Die Steuergesetzgebung ist bis jetzt in den Händen unserer Gegner gewesen, suchen wir von nun ab auf dieselbe Einfluß zu gewinnen. Die Interessen der östlichen Provinzen sind hintenangesetzt worden denen der westlichen Provinzen, kämpfen wir wenigstens um die Zukunft. Unser Kampf aber auf diesem, wie auf allen anderen Feldern, soll und wird sich stets in verfassungsmäßigen Grenzen halten. Gehorsam der Verfassung sei unser Grundsatz, und Königthum von Gottes Gnaden unser Panier."

Vermischtes.

* Aus einer vom „Bureau Integritas" in **Paris** ausgearbeiteten Statistik über die Schiffsverluste im Jahre 1861 geht hervor, daß die Anzahl der im verflossenen Jahre gestrandeten, verschollenen, verbrannten und auf sonstige Weise verloren gegangenen Seeschiffe sich auf 2171 gegen 2148 in 1860 beläuft. Die Durchschnittszahl der Schiffsverluste während der letzten zehn Jahre ist 2066. Mit Ausnahme der Jahre 1836, 1838 und 1854 ist das Jahr 1861, bezüglich der während desselben verschollenen Schiffe das unglücklichste, indem 150 Schiffe mit Mann und Maus verloren gingen, ohne daß man irgend etwas Näheres darüber erfahren hätte. Das Ansegeln der Schiffe hat sich, wie in den früheren, so auch in diesem Jahre vermehrt, und berechnet man, daß 1861 109 Schiffe dadurch zu Grunde gingen. Die Statistik der verbrannten Dampfer und Segelschiffe zeigt ebenfalls kein günstigeres Resultat als im letzten Jahre.

* Nach der „Etoile belge" wurden im Jahre 1858 von der Spielbank zu Spaa bei dem Roulette (tägliche Zusammenstellungen) gewonnen 495,356 Frs., verloren 55,837 Fr., Benefiz der Bank 439,419 Frs. Bei Trente-et-un wurden gewonnen 694,605 Fr., verloren 360,983 Fr., Benefiz der Bank 333,622 Fr. Beim Wechseln ausländischen Goldes gewann die Bank 265,000 Frs. (Ein ganz rentables Geschäft!)

* [Eine Mädchenverschwörung.] In den Erziehungsanstalten für Mädchen, genannt San Marcellino de Miracoli, in Neapel sind, wie das „Journal Nomade" meldet, am 8. d. M. ernstliche Unordnungen vorgekommen, indem die Mädchen bourbonische Demonstrationen organisirten. Aus der einen dieser Anstalten wurden 12 Mädchen verwiesen und man mußte sich deshalb an die Quästur wenden. Die Beichtväter sollen, demselben Blatte zufolge, das Feuer angefacht haben. Den meisten dieser adeligen Damen fließt bourbonisches Blut in den Adern, und selbst die Lehrerinnen weigerten sich stets, dem König von Italien den Eid zu leisten.

* Der „N. P. Z." wird aus **Rio de Janeiro** geschrieben, daß einige Mitglieder der dortigen deutschen Turnergesellschaft den unter dem Namen „Zuckerhut" bekannten Felsen am Eingange des Hafens bestiegen und von seinem Gipfel einen Stein geholt haben, der für das Jahndenkmal nach Berlin geschickt worden. Die Besteigung dieses anscheinend fast senkrecht sich erhebenden Felsens scheint ein sehr gefährliches Unternehmen. Von der Seite der See her ist er indeß ziemlich leicht zugänglich.

Angekommene Fremde.

Vom 22. Januar.

SCHWARZER ADLER. Kaufmann Kempiński aus Offenbach, Virtuose Müller aus Görlitz, Rechtsanwalt Herzler aus Trzemeszno und Bürger Krzyżanowski aus Wollstein.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Kierski aus Gąsawa und v. Topiński aus Russocin, die Fabrikanten Pickhardt und Andoger aus Krefeld, die Kaufleute Schrader aus Plauen, Herz aus Annaberg und v. Gorencki aus Gembic.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Gill aus Elberfeld, v. Zobel aus Mühlhausen, Mayer aus Leipzig, Freundt aus Breslau, Simonson, Bab und Peters aus Berlin, Gutsbesitzer Bayer nebst Frau aus Skorzewo, Rittergutsbesitzer v. Cioromski aus Wyciążkowo und Frau Rittergutsbesitzer v. Chłapowska aus Bonikowo.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Weißbein und Hartmann aus Stettin, Scholz, Landsberg und Kiehlmann aus Breslau, Lasker aus Gnesen und Schwalbe aus Leipzig.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Graeve aus Borek, v. Dunin aus Lechlin, v. Sczawiński aus Brylewo, v. Raszewski aus Sczepowice, v. Zakrzewski aus Żabno und v. Skarzyński aus Chełkowo, Frau Rittergutsbesitzer v. Dąbrowska aus Winnagóra, Probst Hubert aus Grabowo, die Kaufleute Jonas aus Berlin und Gościcki aus Königsberg i. Pr.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Krzyżański aus Sapowice und v. Swinarski aus Gołaszyn, Frau Rittergutsbesitzer v. Kurnatowska aus Rumianek, Gutspächter v. Królikowski aus Golembowo und Kaufmann Elberfeld aus Thorn.

BAZAR. Dekan Kierszniewski aus Radlin, Geistlicher Rymarkiewicz aus Kotlin, die Gutsbesitzer Graf Mielżyński aus Kotowo, v. Dydyński aus Słowikowo, v. Jackowski aus Pomarzanowice, v. Koczorowski aus Mikoszki, v. Moszczeński aus Kozuszkowo und v. Prusimski aus Sarbia.

HOTEL DE PARIS. Bürger Gozdziewski aus Schroda, Inspektor Burghardt aus Polskawieś, die Gutsbesitzer v. Kaniewski aus Łubowiczki, v. Hulewicz aus Breslau und v. Sawicki aus Rybno.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Röhr aus Glogau, Bernhard aus Lissa, Holz aus Königsberg, Oettinger aus Rakwitz und Rimpler aus Schwiebus, Apotheker Donisch aus Thorn, Mühlenbesitzer Buchholz aus Woldenberg, Frau Gutsbesitzer Krzyżanowska und Fräul. Krzyżanowska aus Brody.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Joske aus Birnbaum, Koch aus Rawicz, Lübenwalde und Hölde aus Meseritz, Joachim und Bormaß aus Neustadt b. P.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Flatau aus Peysern, Leuchtung aus Konin und Glaß aus Grätz.

EICHENER BORN. Handelsmann Hirsch aus Bentschen.

BUDWIG'S HOTEL. Inspektor Schmidt aus Sędzin, Spediteur Warschauer aus Schmiegel, die Kaufleute Silberstein aus Buk, Gutmann aus Grätz und Obrembowicz aus Rawicz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Wäsche, der leinenen und baumwollenen Stoffe und Tuche für die städtischen Anstalten und Waisenkinder pro 1862 soll im Wege der Submission vergeben werden.

Die schriftlichen Offerten werden bis zum

28. d. Mts. Vormittags 12 Uhr

von dem Stadtsekretär Herrn **Plichta** versiegelt und als solche auf der Adresse bezeichnet, angenommen.

Die Proben der zu liefernden Gegenstände, so wie die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 16. Januar 1862.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Als muthmaßlich gestohlen ist polizeilich in Beschlag genommen worden: ein versiegeltes Paket in grauem Packpapier, anscheinend Schnittwaaren enthaltend und H. R. # 560 Posen, gezeichnet; ein Handtuch R. B. 3 gez.; ein Kinderkorbwagen.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 30. Dezember 1861.

Das der Wittwe **Elisabeth v. Krzyżanska** geborne **Chełkowska** gehörige adlige Rittergut ***Sapowice***, abgeschätzt auf 38,098 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

18. Juli 1862 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

1. Partikulier **Vinzent Dobrzycki**,
2. die **Sophia** verwittwete **v. Chełkowska** geborne **v. Przeńska**,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nachlaß-Auktion.

Im Auftrage des königl. Kreisgerichts hier werde ich **Freitag den 24. Januar c.** Vormittags von 9 Uhr ab in dem **Auktionslokale Magazinstraße Nr. 1**

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: Sophas, Tische, Stühle, Kommoden, Bettstellen, gute **Goldrahmspiegel**, Kleiderspinde, **einen guten bronzenen Kronleuchter**, Photogene-Lampen, **einen guten Schoppenpelz**, Gold- und Silbersachen, Kleidungsstücke, Betten, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Küchengeräthe; alsdann kurze und wollene Waaren und eine Partie Cigarren öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.

Zobel, gerichtlicher Auktionator.

Eine **Oelmühle**, bestehend aus zwei Rammpressen und drei Paar Stampfen ist nebst sämmtlichem Zubehör sofort billig zu verkaufen in **Kurasz-Mühle** bei **Pudewitz**.

In der an der Chaussee belegenen Kreisstadt **Grätz**, in welcher der Sitz des königlichen Kreisgerichts ist, ist ein am Markte an der frequentesten Stelle belegener **Gasthof erster Klasse**, Familienverhältnisse wegen, aus freier Hand zu verkaufen.

Selbstkäufer erfahren das Nähere auf frankirte Anfragen bei dem Unterzeichneten.

Grätz, den 22. Januar 1862.

S. Kutzner, Gasthofsbesitzer.

Ein kautionsfähiger Landwirth sucht eine Gutspacht von mittlerer Größe im Herzogthum Posen.

Diejenigen Herren Gutsbesitzer, welche geneigt sind, ihre Güter zum Frühjahr zu verpachten, wollen ihre Offerten gefälligst niederlegen sub ***P. P. 10*** poste restante **Pleschen**.

In Folge freundschaftlicher Uebereinkunft hört mit dem heutigen Tage unser Sozietätsverhältniß auf und führt Herr G. E. Beuth junior unter Uebernahme der Aktiva und Passiva das von uns betriebene Geschäft im bisherigen Umfange für alleinige Rechnung unter der Firma

„G. E. Beuth junior"

fort.

Posen, den 22. Januar 1862.

Mellinghoff & Beuth junior.

Das uns bisher in so reichem Maaße zu Theil gewordene Vertrauen ersuche ich ein geehrtes Publikum ganz ergebenst, auch mir in Zukunft nicht entziehen zu wollen.

G. E. Beuth junior.

Auf unserer rühmlichst bekannten Rasenbleiche in **Preuß. Endersdorf** bei **Ziegenhals** wird auch dies Jahr Hausleinewand und Garn zum Bleichen angenommen. Erstere die Elle für 9 Pf. mit Appretur, Letzteres für 2¼ Sgr. pr. Pfd. Das Verweben der Garne wird auf Verlangen gegen billiges Lohn zu Bettzüchen, Federzüchen und Zwillich besorgt.

Schnitthändler, die sich mit dem Einsammeln kleiner Posten beschäftigen wollen, erhalten von uns 3⅓ Proz. vom Bleichlohn als Provision.

Klee- und Grassaaten aller Art kaufen und verkaufen stets zu angemessenen Preisen

L. Kronthal & Lewy, Markt 84.

Einige 50 Schock gutes langgewachsenes **Rohr** sind zu verkaufen in **Kurasz-Mühle** bei Pudewitz.

100 Zentner Heu liegen zum Verkauf bei ***C. Grebel*** in **Neuhof** bei **Kriewen**.

Arbeitsunfähige **Pferde** werden lebend oder todt zu den höchstmöglichsten Preisen gekauft von der **Jerzycer Fabrik**.

Frank, Fabrikbeamter.

Dom. Koczkowo bei **Schokken** hat 80 fette Hammel und 16 Mastochsen zu verkaufen.

Strahlsunder Spielkarten feinster Qualität empfiehlt ***Isidor Appel***, neb. d. kgl. Bank.

Die Bestände von

Damen- und Kindermänteln und Jacken

werden zu **herabgesetzten** Preisen abgegeben.

Anton Schmidt

(Mäntel-Fabrik und Lager).

Ausverkauf von **Filzschuhen** bei ***Herrm. Salz***, Neuestr. 70.

2 neue und 4 wenig gebrauchte, nach neuester Konstruktion erbaute **Omnibuswagen** sind wegen Todesfalles aus freier Hand zu verkaufen; auch kann die betreffende, noch in vollem Betriebe befindliche, durchaus rentable Omnibuslinie in **Berlin** übernommen werden. Fr. Ordre:

Berlin, A. Retemeyer's Annoncenbureau, sub R. 413.

Ein leichter offener oder halbverdeckter gebrauchter **Wagen** auf Federn wird zu kaufen gesucht. Adr. nimmt d. Exped. d. Bl. entgegen.

Bei Unterzeichnetem stehen 400 Stück neue gut gearbeitete Spiritusfässer von circa 500 Quart Inhalt zu **billigen** Preisen zum Verkauf.

Stargard i. P.

J. Gieger, Böttchermeister.

Ein wenig gebrauchter gußeiserner Kanonenofen steht billig zum Verkauf Graben Nr. 25 eine Treppe.

Erwiederung.

In der Beilage zur Posener deutschen Zeitung vom 20. d. M. warnt der königl. Rechtsanwalt **Bauermeister** in **Schrimm** vor Ankauf eines am 6. April 1859 von **Salomon Fellenberg** auf die Frau **Josepha v. Krzyżtoporska** verwittweten **Palicka** zu **Mieszczyszyn** über 775 Thlr. gezogenen Wechsels, welcher sich angeblich in meinen Händen befinden, längst bezahlt und auf besondere Weise wieder in Kurs gesetzt sein soll.

Zur Wahrung meines guten Namens und meiner Rechte erkläre ich hiemit, daß ich die Frau **v. Krzyżtoporska** und den **S. Fellenberg** gar nicht kenne, daß mir niemals ein dergl. Wechsel zu Gesicht gekommen und daß ich diesen Wechsel niemals besessen noch besitze. Die mir zugethane Unbill werde ich gerichtlich verfolgen.

Posen, den 21. Januar 1862.

Joseph Skokalski, Kaufmann, Bäckerstr. 13.

Sämmtliche geehrte Mitglieder des Gesangvereins werden zur Generalprobe auf ***Sonnabend den 25. d. Mts., Abends 3/4 7 Uhr,*** in das gewöhnliche Versammlungs-Lokal hierdurch ergebenst eingeladen.

Der Vorstand des Gesangvereins.

Familien-Nachrichten.

Die gestern Mittag 1 1/2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Amande** geb. **Müller** von einem gesunden Knaben beehre ich mich hierdurch statt besonderer Meldung ergebenst anzuzeigen.

Otusz, den 21. Januar 1862.

Gustav Palm.

Allen Freunden meines verstorbenen Mannes, welche bei seinem Dahinscheiden eine so herzliche Theilnahme für ihn bewiesen haben, eben so wie dem menschenfreundlichen und liebevollen Arzte **Dr. Hartwich** fühlt sich gedrungen, hiermit öffentlich ihren innigsten Dank auszudrücken

Birnbaum, den 21. Jan. 1862.

die tieftrauernde Wittwe **Bertha Fendler** und ihre Kinder **Jenny** und **Martha.**

Stadttheater in Posen.

Donnerstag, neu einstudirt, zum Benefiz für Fräul. Hartmann: **Preziosa, das Zigeunermädchen.** Romantisches Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von Wolf. Musik von C. M. v. Weber.

Freitag: **Der Wildschütz, oder: Die Stimme der Natur.** Große komische Oper in 3 Akten von Lortzing.

Sonntag, zum Erstenmale: **Ein jüdischer Dienstbote.** Großes Schauspiel mit Gesang und Melodramas in 3 Abtheilungen und 10 Bildern von Elmar, Verfasser von „Unter der Erde". „Der Dienstbote" wird fortwährend am Karltheater mit großem Beifall gegeben.

Montag, zur 106jährigen Geburtsfeier Mozarts: **Don Juan.**

In Vorbereitung: **Fra Diavolo, Undine, Johann von Paris.**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 22. Januar 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	89⅞	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	—	102¼	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	107⅛	—
Preuß. 3½ % Prämien-Anl. 1855	—	—	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	103	—
" 3½ "	—	97¾	—
" 4 " neue "	—	95⅛	—
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 4 %	—	—	—
Poln. 4 "	—	—	—
Posener Rentenbriefe	—	97½	—
" 4 % Stadt-Oblig. II. Em.	—	94	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	—	—
" Provinzial-Bankaktien	—	91¾	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	84¼	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen, fester, pr. Jan. u. Jan.-Febr. 44¼ bz. u. Gd., Febr.-März 44 5/12 bz. u. Gd., März-April 44¼ Gd., 7/12 Br., Frühjahr 44 7/12 bz. u. Gd., April-Mai 44⅜ bz. u. Br.

Spiritus, matter, gekündigt 12,000 Quart, mit Faß pr. Jan. 16⅞ bz. u. Br. Febr. 16 11/12 Br. u. Gd., März 17 1/12 bz., Br. u. Gd., April 17 7/24 bz., ⅛ Br., ¼ Gd., Mai 17 11/24 bz., ½ Br., 5/12 Gd., Juni 17¾ Br.

Posener Marktbericht vom 22. Jan.

	von Thl.	von Sgr.	von Pf.	bis Thl.	bis Sgr.	bis Pf.
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	27	6	3	—	—
Mittel-Weizen	2	22	6	2	25	—
Bruch-Weizen	2	12	6	2	17	6
Roggen, schwerer Sorte	1	26	3	1	27	6
Roggen, leichtere Sorte	1	21	3	1	22	6
Große Gerste	1	10	—	1	15	—
Kleine Gerste	1	10	—	1	12	6
Hafer	—	24	—	—	27	—
Kocherbsen	1	21	3	1	23	9
Futtererbsen	1	17	6	1	20	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz.	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	7	6	1	10	—
Kartoffeln	—	14	—	—	15	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	5	—	2	15	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles.
16. Jan. 1862. 16 Thl. 22½ Sgr — 16 Thl. 27½ Sgr
17. " . 16 " 20 " — 16 " 25 "

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Wasserstand der Warthe:
Posen am 21. Jan. Vorm. 8 Uhr 4 Fuß — Zoll.
" 22. " " " 4 " 2 "

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Jan. Wind: N. Barometer: 28½. Thermometer: früh — 6°. Witterung: hell.

Weizen loko 62 a 83 Rt.

Roggen loko 52 à 54 Rt., p. Jan. 52⅛ a 52⅛ Rt. bz. u. Gd., 52¼ Br., p. Jan.-Febr. 52⅛ a 52⅜ Rt. bz. u. Gd., 52¼ Br., p. Febr.-März 52¼ a 51⅞ Rt. bz., p. Frühjahr 51⅞ a 51⅞ a 51⅞ Rt. bz., 51⅞ Br., 51¾ Gd., p. Mai-Juni 52 a 51⅞ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 52¼ Rt. bz.

Große Gerste 36 a 40 Rt.

Hafer loko 22 a 26 Rt., p. Jan. 23¾ Rt. Br., p. Jan.-Febr. 23¾ Rt. Br., p. Frühjahr 24 Rt. Br., p. Mai-Juni 24⅞ Rt. bz.

Rüböl loko 12¾ Rt. Br., p. Jan. 12⅞ Rt. Br., 12⅞ Gd., p. Jan.-Febr. 12⅞ Rt. Br., 12⅞ Gd., p. Febr.-März 12⅞ Rt. Br., 12⅞ Gd., p. März-April 12¾ Rt. bz., p. April-Mai 12¾ Rt. bz. u. Br., 12⅞ Gd., p. Mai-Juni 12⅞ Rt. bz. u. Br., 12¾ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 17 11/12 a 17⅞ Rt. bz., p. Jan. 18 1/12 a 18 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Jan.-Febr. 18 1/12 a 18 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Febr.-März 18¼ a 18⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., p. März-April 18 5/12 a 18⅓ Rt. bz., p. April-Mai 18 11/24 a 18⅜ Rt. bz. u. Br., 18 7/12 Gd., p. Mai-Juni 18 11/12 a 18⅞ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 19 1/12 Rt. bz.

Weizenmehl 0. 5 a 5¼, 0. u. 1. 4¾ a 5 Rt. Roggenmehl 0. 3 11/12 a 4⅛, 0. u. 1. 3½ a 3⅞ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 21. Jan. Wetter: trübe, Mittags — 3° R. Wind: SO.

Weizen loko p. 85pfd. gelber geringer blauspitziger bis feiner 70-80 Rt. bz., gelber Galiz. 73-77 Rt. bz., bunter do. 78-79 Rt. bz, bunter Posener 79 Rt. bz., weißer Poln. 80-81½ Rt. bz. do. Krakauer 81-82½ Rt. bz., bunter rollend 79½ Rt. bz., gelber Ungar. rollend 80 Rt. bz., Bresl. Ablad. 84½pfd. 80 Rt. bz, feinster 85pfd. Schles. schwimmend 81½-82 Rt. bz., 83/85pfd. gelber Frühjahr (gestern noch 83-83½ Rt. bz) 84 Rt. bz., Br. u. Gd., Juni 84/85pfd. 86½ Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 48½-49½ Rt. bz., 77pfd. p. Jan. 50 Rt. Br., Frühjahr 50-50½ Rt. bz., ½ Br., Mai-Juni 50½ Rt. bz. u. Br., Juni-Juli 51 Rt. Br.

Hafer pr. Frühjahr 47/50pfd. 27 Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
72—80	48—52	34—37	24—28	48—52.

Rüböl loko 12½ Rt. Br., Jan. do., April-Mai 12⅝ Rt. bz., Sept.-Okt. 12½ Rt. bz., ½ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 17⅞-11/12 Rt. bz., Jan. u. Jan.-Febr. 18 Rt. Br., Febr.-März 18⅛ Rt. bz., Frühjahr 18⅛-7/12 Rt. bz. u. Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 21. Jan. Wetter: heitere Luft, früh — 7°. Wind: NO.

Feiner weißer Weizen 88—90 Sgr., mittelweißer und weißbunter 83—86 Sgr., f. gelber Schles. 87—90 Sgr., galizischer 78—82—85 Sgr., blauspitziger 70—75—80 Sgr.

Feiner Roggen 61—62 Sgr., mittler 58—59 Sgr., ordinärer 56—57½ Sgr.

Gerste feine weiße und schwere 41—43 Sgr., helle 39—40 Sgr., gelbe 37—38½ Sgr.

Hafer 23—26½ Sgr. nach Qual. u. Gew. bz.

Erbsen feine Koch- 63—65 Sgr., mittele 58 bis 60 Sgr., Futter- 50—54 Sgr.

Winterraps 103—107—111 Sgr.

Kleesamen, feinrother 12½-13½ Rt., feinmittel 11½-12½ Rt., mittl. 10½-11½, ordin. 9—10 Rt., weißer fein. 20—22 Rt., fein mittler 18—19 Rt., mittler 15—17 Rt., ordinärer 11—14 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Trallas) 16½ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Jan. 47 bz., Jan.-Febr. u. Febr.-März 46¾ Br. u. Gd., März-April u. April-Mai 47 Br.

Rüböl loko 12½ Br., p. Jan., Jan.-Febr., Febr.-März u. März-April 12 1/12 Br., April-Mai 12½ bis 12⅓ bz. u. Br.

Spiritus loko 16½ Gd., p. Jan. u. Jan.-Febr. 16⅝ Br., Febr.-März 17 Br., April-Mai 17½ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

München, 18. Jan. Umsatz 123 Ztr. 1861er Holledauer Waare 70—90 Fl., do. Spalter Stadtgut 100—110 Fl., do. Spalter Umgegend 90—95 Fl., do. fränkische Landwaare 70—78 Fl. pro 112 Zollpfd.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 21. Januar 1862.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	84	bz
Aachen-Mastricht	4	22⅞	bz
Amsterd. Rotterd.	4	88½	bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	105-104½	bz
do. Lt. B.	4	88½	G
Berlin-Anhalt	4	132	G
Berlin-Hamburg	4	114½	G
Berl. Potsd. Magd.	4	153	bz
Berlin-Stettin	4	127	bz
Bresl. Schw. Freib.	4	115½	bz
Brieg-Neiße	4	53⅞	bz
Cöln-Crefeld	4	—	—
Cöln-Minden	3½	162½	bz u G
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	36⅞	bz
do. Stamm-Pr.	4½	82¼	G
do. do.	4	84	G
Löbau-Zittauer	5	—	—
Ludwigshaf. Berb.	4	129	etw bz
Magdeb. Halberst.	4	256	B
Magdeb. Wittenb.	4	44-43¾	bz
Mainz-Ludwigsh.	4	114u113¾u114	bz
Mecklenburger	4	53-52¾-53¼	bz
Münster-Hammer	4	96½	bz
Neustadt-Weißenb.	4½	—	—
Niederschles. Märk.	4	98	bz
Niederschl. Zweigb.	4	38½	G
do. Stamm-Pr.	4	—	—
Nordb., Fr. Wilh.	5	54½-55½	bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	129½-129¾	bz
do. Litt. B.	3½	116	bz
Oest. Franz. Staat.	5	132½-¾	bz u B
Oppeln-Tarnowitz	4	34½	bz
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	55	G
Rheinische,	4	91¾	bz
do. Stamm-Pr.	4	98¼	G
Rhein-Nahebahn	4	23⅞	bz
Ruhrort-Crefeld	3½	83	G
Stargard-Posen	3½	90½	G
Thüringer	4	110⅞	G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115	G
Berl. Handels-Ges.	4	78¾	G
Braunschw. Bk. A.	4	74¼	B
Bremer do.	4	101¾	B
Coburg. Kredit-do.	4	60	bz u G
Danzig. Priv. Bk.	4	96½	bz
Darmstädter abgst.	4	79	Post bz
do. Zettel-B. A.	4	97½	G
Dessauer Kredit-do.	4	8½	bz u B
Dessauer Landesbk.	4	24½	bz u B
Disk. Comm. Anth.	4	89½	bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	37¾	Post bz
Geraer do.	4	72½	etw bz
Gothaer Priv. do.	4	73	B
Hannoversche do.	4	95	bz
Königsb. Priv. do.	4	94	G
Leipzig. Kredit-do.	4	65½	G
Luxemburger do.	4	87	G
Magdeb. Priv. do.	4	85	G
Meining. Kred. do.	4	79¾	bz
Moldau. Land. do.	4	—	—
Norddeutsche do.	4	88	G
Oestr. Kredit- do.	5	65¼	bz u G
Pomm. Ritt. do.	4	82½	B
Posener Prov. Bank	4	91¾	bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	121	B
Rostocker Bank Akt.	4	110	B
Schles. Bank Verein	4	88	B
Thüring. Bank-Akt.	4	54	G
Vereinsbank. Hamb.	4	101	G
Waaren-Kr.-Anth.	5	—	—
Weimar. Bank-Akt.	4	75	B

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	106	etw bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	70	B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	69½	G
Minerva, Bergw. A.	5	22½	G
Neustädt. Hüttenv. A	5	7	bz u G
Concordia	4	106	G
Magdeb. Feuerverf. A	4	430	G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	90	G
do. II. Em.	4	89	G
do. III. Em.	4½	97	G
Aachen-Mastricht	4½	—	—
do. II. Em.	5	67¾	bz
Bergisch-Märkische	5	101¼	bz [103½ G
do. II. Ser.	5	101	bz (II. 55)
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	83	bz, IV. 104
do. Düsseld. Elberf.	4	91½	G [G
do. II. Em.	5	102½	G
do. III. S. (D. Soest)	4	90¾	G
do. II. Ser.	4½	98½	bz
Berlin-Anhalt	4	99¼	G
do.	4½	102¼	bz
Berlin-Hamburg	4½	—	—
do. II. Em.	4½	—	—
Berl. Pots. Mg. A.	4	96½	G, B. — —
do. Litt. C.	4½	102	G
do. Litt. D.	4½	101½	B
Berlin-Stettin	4½	—	—
do. II. Em.	4	94⅞	bz
do. III. Em.	4	94⅞	bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	100¾	G
Brieg-Neißer	4½	—	—
Cöln-Crefeld	4½	96½	bz
Cöln-Minden	4½	101¾	G
do. II. Em.	5	104½	B
do.	4	93¾	G
Cöln-Minden III E.	4	91	bz
do.	4½	101	G
do. IV. Em.	4	90	bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	87	bz
do. III. Em.	4½	—	—
Magdeb. Halberst.	4½	102¾	B
Magdeb. Wittenb.	4½	99	G
Niederschles. Märk.	4	96½	bz
do. conv.	4	96	bz
do. conv. III. Ser.	4	95	B
do. IV. Ser.	5	101½	G
Nordb., Fried. Wilh	4½	102	G
Oberschles. Litt. A.	4	—	—
do. Litt. B.	3½	86½	B, C. — —
do. Litt D.	4	94½	bz
do. Litt. E.	3½	82⅞	bz
do. Litt. F.	4½	101	bz
Oestreich. Französ.	3	261½	bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	101¼	G II. 101¼ G
do. III. Ser.	5	101	G
Rheinische Pr. Obl.	4	91	G
do. v. Staatgarant.	3½	—	—
Rheinische Pr. Obl.	4½	95⅞	bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	99½	bz, II. 99½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	—	—
do. II. Ser.	4	—	—
do. III. Ser.	4½	96½	G
Stargard-Posen	4	—	—
do. II. Em.	4½	100½	G
do. III. Em.	4½	100	G
Thüringer	4½	102¼	G, II. — —
do. III. Ser.	4½	102¼	bz
do. IV. Ser.	4½	101¾	G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102¼	G
Staats Anl. 1859	5	108	bz
do.	4½	102¾	bz
do. 1856	4½	102¾	bz
do. 1853	4	99¾	bz
N. Präm StA 1855	3½	121	bz
Staats-Schuldsch.	3½	89¾	bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	88¾	bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102¾	G
do. do.	3½	87½	G
Berl. Börsenh. Obl.	5	106¾	B
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	93	bz
do.	4	101	bz
Ostpreußische	3½	87¾	G
do.	4	98¼	bz
Pommersche	3½	91⅛	bz
do. neue	4	100⅛	bz
Posensche	4	103½	G
do.	3½	98	bz
do. neue	4	95½	bz
Schlesische	3½	94½	bz
B. Staat gar. B.	3½	—	—
Westpreußische	3½	87⅞	bz
do.	4	98¼	bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99½	G
Pommersche	4	99½	bz
Posensche	4	97½	bz
Preußische	4	99⅝	bz
Rhein- u. Westf.	4	99¼	bz
Sächsische	4	100	bz
Schlesische	4	99¾	G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½	B
do. National-Anl.	5	59-⅛	bz
do. 250fl. Präm. O.	4	63	B
do. neue 100fl. Loose	—	59¾	B
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	85	B
6. do.	5	98⅜	G
Englische Anl.	5	96	B
N. Russ. Egl. Anl.	3	59	B [89¾ G
Poln. Schatz-O.	4	79¾	bz [4½ %
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	94½	bz
do. B. 200 Fl.	—	23½	G
Pfdbr. u. in SR.	4	84¾	B
Part. O. 500 Fl.	4	92	G
Oestr. 5proz. Loose	5	62¾	bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	98¼	G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	53	etw bz u B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¾	G
Dessau. Präm. Anl.	3½	101	G
Schwed. Präm. An.	—	89	B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½	bz
Gold-Kronen	—	9. 6	G
Louisd'or	—	109½	bz
Sovereigns	—	6. 20½	G
Napoleonsd'or	—	5. 9⅞	B, ⅛ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458	bz
Dollars	—	1. 11⅛	G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21	G
K. Sächs. Kass. A.	—	99 9/10	bz
Fremde Banknot.	—	99½	G
do. (einl. in Leipzig)	—	99 8/10	bz
Fremde kleine	—	99¼	G
Oestr. Banknoten	—	71½	bz
Poln. Bankbillet	—	84⅛	bz

Wechsel-Kurse vom 21. Januar.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142⅜	bz
do. 2 M.	3	141⅝	bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150⅞	bz
do. do. 2 M.	2½	150¼	bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20	bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛	bz
Wien öst. W. 8 T.	—	71⅝	bz
do. do. 2 M.	5½	70¾	bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24	G
Frank. 100 fl. 2 M.	2½	56. 26	G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝	bz
do. do. 2 M.	4	99⅛	bz
Petersb. 100 R. 3 W.	7	92⅜	bz
do. do. 3 M.	7	91⅜	bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¾	bz
Warschau 90 R. 8 T.	5	84½	bz

Dem Geschäft fehlte es heute zwar nicht an Lebhaftigkeit, doch waren große Umsätze im Durchschnitte seltener als gestern.

Breslau, 21. Jan. Lebhaftes Geschäft in Eisenbahnaktien, welche in steigender Tendenz gehandelt worden sind. Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Aktien 65¾ bz. Oestr. Loose 1860 63½ Br. Posener Bank 91¾ Gd. Schlesischer Bankverein 88 bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 116 Br. dito Prior. Oblig. 94 1/12 Gd. dito Prior. Oblig. Lit. D. 100½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 100½ Br. Köln-Mindener Prior. —. dito Prior. Oblig. 90½ Br. Neisse-Brieger 54½ Br. Niederschl. Märk. —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 130⅜ Br. dito Lit. B. 115¾ Gd. dito Prior. Oblig. 95 1/12 Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 100¾ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. E. 83 5/12 Br. Oppeln-Tarnowitzer 34½ Gd. Kosel-Oderb. 36½ Br. dito Prior. Obl. —. dito Stamm-Prior. Oblig. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.